

IV. „Alptraum steht gegen Traum“¹ – Revolutionseuphorie und Vereinigungskritik 1989/90

Eine „neue ‚große‘ Koalition, eine Hüben-drüben-Koalition“ sah Ernst-Otto Maetzke angesichts des ostdeutschen Umbruchs Ende 1989 entstehen. „Sie will auf dem Boden der gegenwärtigen DDR nicht nur den Sozialismus retten, sondern sogar ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‚Sozialismus des dritten Weges‘ entstehen lassen“, führte der FAZ-Journalist weiter aus. Diesen breiten Bestrebungen etwas entgegenzusetzen, werde für die Spitzen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP „der schwerste politische Kampf ihres Lebens“² werden, lautete seine – rückblickend unnötig alarmistische – Prognose. Das folgende Kapitel will Maetzkes Rede von einer „große[n] [...] Hüben-drüben-Koalition“ auf den Grund gehen. Es erweitert deshalb den Fokus der Analyse und bettet die bislang betrachteten früheren Solidarność-Unterstützer in einen breiteren politischen Kontext ein. Es nimmt daher auch Vertreter etwa des konservativen Flügels der SPD in den Blick, genauso wie Vertreter radikaler Gruppen, die bisher keine Berücksichtigung fanden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Erwartungen die Akteure an die Entwicklung formulierten und in welchen Begriffen sie diese ausdrückten. Maetzkes Artikel liefert bereits zwei dieser Begriffe: „Sozialismus“ und „dritter Weg“. Beide Begriffe spielten bereits in den Kapiteln II und III eine Rolle und sollen deshalb weiter betrachtet werden. Einem dritten Begriff, der ebenfalls schon erwähnt wurde, kommt im Folgenden besondere Bedeutung zu: „Revolution“. Wie eine Erklärung Petra Kellys verdeutlicht, waren alle genannten Begriffe bzw. Ideen 1989/90 eng verwoben:

„In der DDR findet derzeit eine gewaltfreie Revolution von unten statt. [...] Ich nenne es fast tragisch, daß viele Politiker hier die Ziele der Demokratiebewegung in der DDR völlig verkennen, wenn sie meinen, überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik stünden an. Aus meiner jahrelangen solidarischen Unterstützung der unabhängigen Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiegruppen in der DDR habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es ihnen darauf ankommt, einen ökologischen Sozialismus mit wahrhaft menschlichem Antlitz, ein radikal-demokratisches Gesellschaftssystem, welches jenseits von Kommunismus und Kapitalismus liegt, zu erschaffen.“³

Zusätzlich bediente sich Kelly, wenn sie gegen „überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik“ polemisierte, an prominenter Stelle eines temporalen Arguments: Sie disqualifizierte ein konkurrierendes politisches Konzept, indem sie es als anachronistisch bezeichnete. Auch dem wird im Folgenden nachzugehen sein.

¹ Günter Grass: Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: Die Zeit vom 07.02.1990.

² Ernst-Otto Maetzke: Koalition der Stehaufmänner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.1989, S. 1.

³ Die Grünen im Bundestag: Die Demokratiebewegung in der DDR – ein Lehrstück in sozialer Verteidigung. Die Vernunft der Straße siegt, Pressemitteilung Nr. 946/89 vom 13.11.1989, S. 1.

1. Die Konjunktur des Begriffs „friedliche Revolution“ und die zugrundeliegenden Erwartungen

Zur Erinnerungskultur des vereinten Deutschland gehört die „friedliche Revolution“ in der DDR fest dazu. Schon zu ihrem zwanzigjährigen Jubiläum erschien nicht nur eine Flut von Veröffentlichungen zum Thema, sondern auch die Politik erinnerte prominent an die Ereignisse von 1989. So fand in Leipzig ein großer Festakt „20 Jahre friedliche Revolution“ statt, bei dem u. a. der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach.⁴ Ein Jahr später, zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Vereinigung, würdigte sein Nachfolger unter jenen, die die „Einheit möglich machten“ zuallererst die Bürgerrechtler in der ehemaligen DDR, die „beharrlich Widerstand gegen eine Diktatur geleistet haben“.⁵

Auch in der Geschichtswissenschaft ist die Rede von der friedlichen Revolution längst etabliert. Nicht nur ostdeutsche Historiker wie Erhart Neubert, Ilko-Sascha Kowalczuk und Hartmut Zwahr verwenden den Revolutionsbegriff, sondern auch ihre westdeutschen Kollegen haben ihn in ihr Vokabular übernommen.⁶ So betont Andreas Rödder zwar, der Terminus sei „sehr normativ aufgeladen, was die analytische Verwendung erschwert“, spricht aber dennoch in Verbindung mit der Vereinigung von einer „deutsche[n] Revolution“.⁷ Dies ist insofern bemerkenswert, als es noch in den 1990er Jahren eine lebhafte Debatte darüber gegeben hatte, inwieweit der Begriff zur Kennzeichnung der DDR-Ereignisse adäquat sei.⁸

Während es in dieser Debatte um die Eignung des Revolutionsbegriffs als wissenschaftliche Kategorie zur Analyse des DDR-Umbruchs gegangen war, hat die Historisierung seiner politischen Verwendung gerade erst begonnen. Bernd Lindner hat jüngst einen ersten Anlauf unternommen, die Geschichte des Begriffs im Jahr 1989 zu schreiben. In seinem konzisen Überblick liegt der Fokus primär auf

⁴ Vgl. Horst Köhler: [Rede beim Festakt „20 Jahre Friedliche Revolution“] (09. 10. 2009), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2009/10/20091009_Rede.html [21. 12. 2013].

⁵ Christian Wulff: [Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit] (03. 10. 2010), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html [12. 01. 2014].

⁶ Vgl. Erhart Neubert: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008; Ilko-Sascha Kowalczuk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009; ferner Hartmut Zwahr: *Die 89er Revolution in der DDR*, in: Peter Wende (Hg.): *Große Revolutionen der Weltgeschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 357–374; sowie Klaus-Dietmar Henke: 1989, in: ders. (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 11–46; Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*, Köln/Wien/Weimar 2009; Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, Bonn 2010.

⁷ Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 117.

⁸ Vgl. bilanzierend Rainer Eckert: *Revolution, Zusammenbruch oder „Wende“? Das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im Meinungsstreit*, in: Heiner Timmermann (Hg.): *Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall*, Münster 2003, S. 419–448. Der Autor selbst plädiert nachdrücklich für den Gebrauch des Revolutionsbegriffs.

der ostdeutschen Seite, sodass einige Wortmeldungen unberücksichtigt bleiben, denen im Folgenden hohe Bedeutung zugemessen wird. Auch geht es Lindner nicht um die jeweilige Funktion, die der Begriffsverwendung in der politischen Auseinandersetzung zukam.⁹ In der übrigen Literatur fehlt es gänzlich an einer quellengestützten Historisierung des Revolutionsbegriffs. Zwar erinnert sich Ilko-Sascha Kowalczyk, von Revolution sei damals einhellig und ganz selbstverständlich die Rede gewesen.¹⁰ Hingegen konstatieren Eckart Conze, Katharina Gajdukowa und Sigrid Koch-Baumgarten, der Revolutionsbegriff sei im Herbst 1989 von DDR-Bürgerrechtlern aufgebracht worden.¹¹ Empirisch gesättigt ist dies in beiden Fällen kaum. Wolfgang Jäger und Ingeborg Villinger porträtieren eine Debatte, die bereits 1989/90 um das eigentliche Ziel der DDR-„Revolution“ geführt worden sei. Sie gehen dabei aber nur scheinbar vom Quellenbegriff aus. Eine Historisierung der Begriffsverwendung kann darin nicht gesehen werden.¹² Philipp Ther hat jüngst sogar – irrig – behauptet, dass „Revolution“ bezüglich 1989 *kein* Quellenbegriff sei.¹³

Angesichts dieses widersprüchlichen und empirisch ungesicherten Forschungsstands wird im Folgenden näher zu beleuchten sein, wie und wann der Revolutionsbegriff genau aufkam und wie er sich verbreitete. Die Untersuchung führt zu dem Befund, dass die Applizierung des Begriffs auf die Vorgänge in der DDR sich (1) einem grenzüberschreitenden, deutsch-deutschen Kommunikationsprozess verdanke, dass dabei (2) entscheidende Impulse von westdeutschen Linken, besonders aus der früheren Solidarność-Solidarität, ausgingen, dass der Revolutionsbegriff sich (3) bereits Ende 1989 allgemein durchsetzte, und dass er (4) mit divergierenden – und sich wandelnden – Zukunftsvorstellungen verknüpft war. An der Konjunktur des Begriffs lassen sich somit tiefgreifende Erwartungs transformationen ablesen. In seiner ursprünglichen Verwendung, so das Ergebnis, stand er für Hoffnungen, die bald schon obsolet wurden. Bezüglich des DDR-Umbruchs ist in ihm insofern – quer zu der Erfolgsgeschichte, die sich mit ihm verbindet¹⁴ – in historisch-semantischer Perspektive auch Enttäuschung eingeschrieben.

⁹ Vgl. Bernd Lindner: Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ 24–26/2014, S. 33–39. Keine Berücksichtigung findet bei Lindner Antje Vollmers Rede in der Bundestagsdebatte vom 08. 11. 1989, in der die vorliegende Arbeit die erste prominente Verwendung des Revolutionsbegriffs zur Kennzeichnung des DDR-Umbruchs seitens westdeutscher Politiker ausmacht (s. u., S. 126 ff.).

¹⁰ Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 537.

¹¹ Vgl. Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten: „1989“ – Systemkrise, Machtverfall des SED-Staates und das Aufbegehren der Zivilgesellschaft als demokratische Revolution, in: dies. (Hg.): Die demokratische Revolution, S. 7–24, hier S. 14.

¹² Vgl. Wolfgang Jäger/Ingeborg Villinger: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 1997, S. 180–192.

¹³ Philipp Ther: 1989 – eine verhandelte Revolution, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 02. 2010 [24. 09. 2014].

¹⁴ Vgl. die oben zitierte Rede von Bundespräsident Horst Köhler (s. Anm. S. 4), in der dieser die „Leistung von 1989 und 1990“ würdigte.

1.1 Frühe Begriffsverwendungen eingangs des Umbruchs

Den Ausgangspunkt der öffentlichen Rede von einer Revolution in der DDR aufzuspüren, ist kein leichtes Unterfangen. Für die folgende Analyse wurden die einschlägigen Abschnitte der 26-bändigen Presseauschnittsammlung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung¹⁵ sowie die wichtigsten Quellensammlungen zum DDR-Umbruch¹⁶ komplett ausgewertet. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Spur – überraschenderweise – nicht etwa nach Leipzig, in die „Heldenstadt“¹⁷ der DDR-„Revolution“ führt. Denn auf den Leipziger Montagsdemonstrationen, die heute emblematisch für den gewaltlosen Straßenprotest stehen, wurde zwar „Wir sind das Volk!“ und vor allem nach Reformen und „Dialog“ gerufen.¹⁸ Doch von Revolution war im gesamten Oktober 1989 keine Rede – obwohl dieser Monat retrospektiv als Durchbruchphase der Volksbewegung gilt. Der gleiche Befund ergibt sich für Proteste in anderen Städten sowie für die Gründungsaufrufe der Oppositionsgruppen und die Resolutionen von Künstlern.¹⁹

Auch bei westdeutschen Politikern findet sich der Begriff im Oktober 1989 noch nicht. Vielmehr lässt sich eine ganze Bandbreite von Benennungen für die laufenden Ereignisse ausmachen. Diese Pluralität zeigt sich etwa, wenn der Sozialdemokrat Horst Ehmke, der Kontakte zu Dissidenten und früheren Solidarność-Unter-

¹⁵ Anna Maria Kuppe (Hg.): Deutschland 1989. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, 26 Bde., Bonn 1990.

¹⁶ Dies sind: Hannes Bahrmann/Christoph Links: Chronik der Wende, Bd. 1: Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994; Hubertus Knabe (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989; [o. V.:] Leipziger Demontagebuch. Demo – Montag – Tagebuch – Demontage, Leipzig/Weimar ³1991; Neues Forum Leipzig: Jetzt oder nie – Demokratie. Leipziger Herbst '89, Leipzig ²1989; [o. V.:] Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989; Gerhard Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989; Wolfgang Rüddenklau (Hg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992; Charles Schüddekopf (Hg.): Wir sind das Volk! Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990.

¹⁷ Diese Bezeichnung schlug der Schriftsteller Christoph Hein auf der Osterliner Großkundgebung am 04. 11. 1989 vor. Dies fand umgehend Erwähnung in der bundesrepublikanischen Presse, so in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“, in: Welt am Sonntag vom 05. 11. 1989.

¹⁸ Vgl. Ralph Jessen: *Das Volk* von 1989 als Praxis, Projektion und Erinnerungsort, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 33–50, hier insbesondere S. 40 f.

¹⁹ Vgl. die im Leipziger Demontagebuch wiedergegebenen Sprechchöre und Transparentaufschriften, die quer liegen zu der dort formulierten Rückschau: „An diesem Leipziger 9. Oktober siegte die Deutsche Demokratische Revolution“ (S. 8). Auch in den anderen hier zugrunde gelegten Dokumentationen findet sich „Revolution“ vor Anfang/Mitte November nicht als Quellenbegriff, vgl. Bahrmann/Links, Chronik der Wende, Bd. 1; Schüddekopf, Wir sind das Volk!; Neues Forum Leipzig, Jetzt oder nie – Demokratie; Knabe, Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989; Rein, Die Opposition in der DDR; Rüddenklau, Störenfried; [o. V.:] Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft. Fast alle Dokumentationen sprechen nichtsdestotrotz in den Begleittexten von einer Revolution. Vgl. auch Lindner, Begriffsgeschichte, S. 35.

stützern hatte,²⁰ nach einem DDR-Besuch das Wort „Reformationsbewegung“ kreierte – und damit auf die Reformforderungen der Demonstranten wie auf die Involvierung zahlreicher DDR-Theologen abhob: „Es war ein bewegender Eindruck. In der DDR ist eine richtige Reformationsbewegung in Gang gekommen, und der größte Beitrag der protestantischen Kirche dazu mag darin liegen, den Menschen Kraft gegeben zu haben, ihre Angst zu überwinden.“²¹

Auch in den westdeutschen Presseberichten vom Oktober lassen sich lediglich vereinzelte, vorsichtige Revolutionsanspielungen finden – etwa, wenn metaphorisch vom „friedlichen Sturm auf die SED-Bastille“²² oder von einer „vorrevolutionäre[n] Situation, wenn auch nur für einen Abend“,²³ die Rede war. Deutlicher wurde allein Cathrin Kahlweit in der *Süddeutschen Zeitung*, wenn sie konstatierte: „Wo Worte allein über Jahrzehnte schon Taten waren, sind Taten jetzt kleine Revolutionen. Leipzig, wie auch die gesamte DDR, übt eine deutsche Revolution; eine Revolte zwar, aber möglichst korrekt abgewickelt.“²⁴ Weit öfter dagegen finden sich Schilderungen wie die folgende, die eine spannungsvolle Atmosphäre transportierten, ohne jedoch von Revolution zu sprechen:

„Die DDR befindet sich im Aufbruch: Massendiskussionen Zehntausender über Reformen, Massendemonstrationen Hunderttausender für die Öffnung von Staat und System, Massenkritik an den Zuständen im Lande und den Verursachern, Massenforderungen ins [sic] schier nicht mehr zu überblickender Fülle. [...] Viele andere, wie die Blockparteien oder die Massenorganisationen, auch Medien, Künstler und Wissenschaftler, strengen sich ebenfalls an. Eigentlich überwältigend aber ist das Volk. Wenn die alten Machttäger ihre Herrschaft und Politik nicht demokratisieren, könnten sie leicht überflutet oder gänzlich hinweggeschwemmt werden.“

Doch die Menschen, die sich jetzt so vielfältig aussprechen, schwanken weiter zwischen hoffnungsvollem Überschwang und skeptischer Furcht.“²⁵

Sucht man den Revolutionsbegriff in solchen Berichten vergebens, konnte dieser sogar ausdrücklich verworfen werden. Ein zentrales Argument war dabei, es sollten keine übersteigerten Erwartungen erzeugt werden:

„Fahren auch wir in Unruhe, vielleicht sogar Aufruhr hinein? Man möchte es glauben, auf der Autobahn nach Magdeburg, wenn das Busradio halbstündlich Nachrichten über die DDR aus West-Berlin ausspeit. Die Sender dort [in West-Berlin] kennen kein anderes Thema. Die Erregung über die Demonstrationen und Zusammenstöße beim Jubiläum des anderen deutschen Staats zittert nach. [...] Doch die Nachrichten klingen meistens so, als komme die Sondermeldung von einer regelrechten *Revolution* binnen kürzester Zeit. Auch so, denkt man unwillkürlich, können Massenstimmungen, überspannte Erwartungen, Kurzschlüsse entstehen.“²⁶

²⁰ So 1988 in Freudenberg, s. S. 93 f.

²¹ [o. V.:] Egon Krenz hat nicht viel Zeit, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 03. 11. 1989.

²² Marlies Menge: Voll Ungeduld und Selbstbewußtsein. Überall sammeln sich die Bürger zum friedlichen Sturm auf die SED-Bastille, in: *Die Zeit* vom 17. 10. 1989.

²³ [o. V.:] Reformen à la Hager sind uns zu mager, in: *taz* vom 18. 10. 1989.

²⁴ Cathrin Kahlweit: Mühsame Versuche, den aufrechten Gang zu erlernen, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. 10. 1989.

²⁵ [o. V.:] Aufbruch und Gegenströmung, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 31. 10. 1989.

²⁶ Carl-Christian Kaiser: Die Ruhe täuscht. Auch im roten Magdeburg begehren die Bürger auf, in: *Die Zeit* vom 20. 10. 1989 (Hervorhebung im Original).

Auf den Revolutionsbegriff zu verzichten, bedeutete hier die Absage an eine aktive Erwartungshebung, die der Autor in den Berichten der Westberliner Radiosender erblickte. Auf den Begriff zu verzichten, wie er es forderte, lässt sich demgegenüber als Erwartungsdämpfung verstehen.

Die überwiegende Tendenz solchen Erwartungsmanagements änderte sich Anfang des Folgemonats, im Umfeld der Ostberliner Großkundgebung vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz. Am Tag vor dieser Veranstaltung hatte *Die Zeit* einen Gastbeitrag des polnischen Germanisten Adam Krzemiński gedruckt, in dem dieser von einer „deutschen Revolution“ sprach.²⁷ Am Folgetag verwendete Klaus Hartung den Revolutionsbegriff in einem Beitrag für die *tageszeitung*. Krzemiński und Hartung sollten später im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* mit zahlreichen früheren Solidarność-Unterstützern gemeinsam daran arbeiten, den Impuls der DDR-„Revolution“ ins vereinte Deutschland zu überführen.²⁸ In Hartungs Artikel hieß es über die bisherigen Proteste:

„Zwei Momente beherrschten die Demonstranten bislang: das Gefühl, ‚wir stehen vor einer Revolution, vielleicht der ersten Revolution, die auf deutschen Boden gelingen kann‘ und das Erschrecken: ‚Das hätte vor drei Wochen niemand glauben können.‘ Die Erfolge dieser revolutionären Bewegung stehen fest: der Sturz einer Regierungsspitze und die fliegende Hast der Umorganisation der Herrschenden. Andere Erfolge: der Ausbruch aus der Angst, der kollektive Zusammenhang, der die Phantasie der Individuen befreit, der Witz, die Wachheit, das Denken in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen.“²⁹

Das Erwartungsmanagement in diesem Artikel stützte sich auf scheinbar wörtliche Zitate, die jedoch ohne Angabe der Quelle blieben. Es bleibt deshalb unklar, ob die ostdeutschen Demonstranten selbst von einer Revolution sprachen oder ob Hartung lediglich seine eigene Wahrnehmung (als teilnehmender Beobachter) wiedergab und den Demonstranten den Revolutionsbegriff gleichsam in den Mund legte. In jedem Fall vermittelte sein Artikel den Eindruck, ein authentisches „Gefühl“ von den Demonstrationen zu transportieren. Auffällig ist, dass Hartung erst von einer möglicherweise bevorstehenden Revolution, dann aber von einer (schon existierenden) revolutionären Bewegung schrieb. Und dies im Grunde tautologisch: Weil die Demonstranten eine Revolution antizipierten, war ihr Handeln revolutionär, und weil ihr Handeln revolutionär war, stand eine Revolution zu erwarten. Diese sprachliche Struktur verdeutlicht, wie Erwartungshebung entscheidend mit Begriffsapplizierungen zusammenhängt.

Am Abend des 4. November berichteten die *Tagesschau* sowie am folgenden Sonntag und Montag die westdeutschen Zeitungen über die Ostberliner Kundgebung. Prominent wurde der Schriftsteller Stefan Heym, der sich Anfang der 1980er Jahre an einer Veranstaltung der westdeutschen Solidarność-Solidarität be-

²⁷ Adam Krzemiński: Auf einmal lösten sich die Zungen, in: *Die Zeit* vom 03. 11. 1989.

²⁸ Siehe Kap. V.

²⁹ Klaus Hartung: Masse und Demokratie, in: *taz* vom 04. 11. 1989.

teiligt hatte,³⁰ zitiert. Heym hatte in seiner Rede erklärt, dass die DDR den Eindruck mache, „als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation“.³¹ Auch hatte er die jüngste Entwicklung mit den bisherigen, gescheiterten Revolutionsversuchen in Deutschland kontrastiert:³² „Wir haben in diesen letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen, und das; Freunde, in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen daneben gegangen und wo die Leute immer gekuscht haben, unter dem Kaiser, unter den Nazis und später auch.“³³ In dieser Äußerung ist noch nicht unbedingt eine Kennzeichnung des DDR-Umbruchs als Revolution zu sehen. Doch nannte Heym ihn später ausdrücklich eine „sanfte Revolution“.³⁴ Zudem hatte es bereits auf der Kundgebung ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe die Oktoberrevolution 1989“ gegeben.³⁵ Die bundesrepublikanische Presse berichtete in den Folgetagen ausführlich über die Veranstaltung. Der Kölner *Express* titelte mit dem Diktum eines Demonstranten: „Da ist man ja stolz, DDR-Bürger zu sein“, und die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte: „Der Griff nach dem Attribut des Historischen ist zumeist überzogen. Hier ist er am Platze, hier ist an ihm gar nicht vorbeizukommen“.³⁶ Und in der *taz* bezeichnete Klaus Hartung die Ereignisse nun als die „erstaunlichste, die unvorstellbarste Revolution, die man sich denken kann. Die Läden sind geöffnet, die Büros sind besetzt, und zur gleichen Zeit [...] wird die realsozialistische Herrschaft zersetzt“.³⁷ Dies scheint der früheste Gebrauch des Revolutionsbegriffs in der westdeutschen Öffentlichkeit zu sein.³⁸ Auffällig ist, dass Hartungs Bezeichnung der Vorgänge im Raum des Uneigentlich

³⁰ StAufarb, Dep. Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność“, Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern ’82“).

³¹ So in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“, in: *Welt* am Sonntag vom 05. 11. 1989.

³² So kritisierte Hermann L. Gremliza Heym später dafür, dass er zwar auf dem Alexanderplatz „den jubelnden Massen erzählte, daß in Deutschland noch keine Revolution gesiegt habe“, in der Folgezeit jedoch, „anstatt daraus den doch naheliegenden Schluß zu ziehen, daß deshalb das, was da im Begriffe war zu siegen, schon keine Revolution sein werde, treuherzig fortfuhr, nun sei es zum ersten Mal gelungen“ (Hermann L. Gremliza: Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen, in: konkret 1/1990, S. 8). Für Heyms spätere Position vgl. seinen Sammelband *Die sanfte Revolution* (Stefan Heym [Hg.]: *Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden*, Leipzig 1990).

³³ Zitiert in der Tagesschau vom 04. 11. 1989 (<http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video596442.html>, Minute 3’40, abgerufen am 22. 12. 2013) nicht jedoch in den Zeitungsberichten vom 05. und 06. 11. (soweit in Kuppe, Deutschland 1989, aufgenommen).

³⁴ Stefan Heym (Hg.): *Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden*, Leipzig 1990.

³⁵ Nur beiläufig erwähnt in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“ und in „Berlin Alexanderplatz: Geschichte wird gemacht“, in: *taz* vom 06. 11. 1989 erwähnt.

³⁶ [o. V.:] Da ist man ja stolz, DDR-Bürger zu sein, in: *Sonntag Express* vom 05. 11. 1989; Hermann Rudolph: Vision eines freieren Lebens, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 06. 11. 1989.

³⁷ Klaus Hartung: Der Fall der Mauer. Wer jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sieht, ist blind, in: *taz* vom 06. 11. 1989, S. 8.

³⁸ Dieser Befund deckt sich mit der Darstellung bei Lindner, Begriffsgeschichte, S. 35.

beließ, wenn er darauf hinwies, dass typische Elemente des geläufigen Revolutionsverständnisses fehlten.

In der Bonner Bundestagsdebatte vom darauf folgenden Mittwoch, dem Tag vor dem Mauerfall, findet sich der Revolutionsbegriff erstmals bei einer westdeutschen Politikerin und verließ hier definitiv den Raum des Metaphorischen und Uneigentlichen. Die frühere Solidarność-Unterstützerin und nunmehrige grüne Fraktionssprecherin Antje Vollmer kennzeichnete die ostdeutschen Ereignisse als „gewaltfreie demokratische Revolution“ und sah durch diese in der DDR „die erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden“³⁹ entstehen. Vollmer leitete hieraus ab:

„Dabei ist die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir jetzt sehr wichtig – historisch überholter denn je. Solange es drüben ein totalitäres Regime gab, hatte die Nichtanerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft eine scheindemokratische Rechtfertigung: keine Anerkennung für ein Regime, das seiner Bevölkerung elementare Grundrechte verweigert. [...] Jetzt aber gibt es eine Reformbewegung, die vehement auf ihrem Eigensinn, ihrer Eigenständigkeit und ihrer eigenen Geschichte beharrt und die ihren eigenen Raum dafür braucht. [...] Jetzt, ausgerechnet in dieser Lage, von Wiedervereinigung zu sprechen, heißt, das Scheitern der Reformbewegung zu postulieren und vorauszusetzen.“⁴⁰

Revolution und Wiedervereinigung begriff Vollmer somit als konträre Prozesse: Sie belegte die Vorgänge in der DDR mit dem Revolutionsbegriff und nahm zugleich die Forderungen der revolutionären Akteure zum Anlass, die konservativen Wiedervereinigungsforderungen von der Hand zu weisen. Der früheste Gebrauch des Revolutionsbegriffs (durch eine westdeutsche Politikerin) ist insofern als eine sprachliche Handlung zu interpretieren, die gegen die Perspektive einer Wiedervereinigung gerichtet war. Mehr noch: gegen das Telos einer Wiedervereinigung stieß er einen Möglichkeitsraum auf, der neu – und quer zur Idee einer staatlichen Einheit – gefüllt werden konnte. Eben dieses „Aufstoßen“ wird auch als Kernelement des modernen Revolutionsverständnisses angesehen. So definiert Dieter Langewiesche: „Revolution‘ entwirft Zukunft, schafft Veränderung, die nicht Altes, Vergangenes wiederherstellen will. Der Gleichklang mit ‚Zukunft‘ und ‚Fortschritt‘ weist ‚Revolution‘ als einen neuzeitlichen Bewegungsbegriff aus, der die Erwartungen der Menschen nicht mehr in deren Erfahrungen begrenzt sieht.“⁴¹

1.2 Exkurs: Die Konjunktur des Revolutionsbegriffs innerhalb der DDR

An dieser Stelle ist anzumerken, dass Antje Vollmers Rede von einer „gewaltfreie[n] demokratische Revolution“ semantische Verbindungslinien zu einem DDR-Untergrundblatt erkennen lässt, und zwar zum *telegraph* aus der Ostberliner

³⁹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13030C–D.

⁴⁰ Ebd., S. 13032A.

⁴¹ Dieter Langewiesche: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 2003, S. 315–337, hier S. 315 f.

Umweltbibliothek. Diese Samizdat-Zeitung⁴² druckte die von Vollmer gebrauchte Formulierung wortgleich in einem Artikel, der bereits vier Tage zuvor – am 4. November im Anschluss an die Kundgebung auf dem Alexanderplatz – verfasst sein soll.⁴³ Die vielfach anarchistisch orientierten Autoren dieses Blattes⁴⁴ pflegten bereits seit längerem eine distinkte, von der SED-Terminologie⁴⁵ emanzipierte Sprache, zu der auch ein eigener, positiv konnotierter Revolutionsbegriff gehörte.⁴⁶ Außerhalb dieses Kreises dürfte es in der DDR bis Anfang November dagegen hohe Hürden gegeben haben, was die Rede von einer „Revolution“ gegen das Regime betrifft: Erstens war der Revolutionsbegriff wegen seines ostentativen Gebrauchs durch die SED eng mit den alten Machtstrukturen verknüpft.⁴⁷ Ihn gegen diese Machtstrukturen zu wenden, erforderte semantische Innovation, um ihn von denselben abzulösen. (Hierin hatten die Macher des *telegraph* jahrelange Übung.) Eine zweite Vorprägung hatte der Begriff durch Gorbatschows Kennzeichnung der Perestrojka als „zweite russische Revolution“ gewonnen.⁴⁸ In der DDR von Revolution zu reden, konnte deshalb als Aufforderung verstanden werden, dort eine ebenso tiefgreifende Umgestaltung wie in der UdSSR durchzuführen. Dies wäre zumindest in der Zeit vor der Absetzung Erich Honeckers wohl einer Kampfansage an das Regime gleichgekommen, das sich unter Honecker dem sowjetischen Reformdruck noch zu entziehen suchte. Nicht zufällig dominierten auf Demonstrationen und in Resolutionen Dialog- und Reformforderungen, und drängte der Schriftstellerverband noch nach dem Sturz Honeckers lediglich auf „revolutionäre Reformen“⁴⁹ – das heißt griff zu einer moderateren Formulierung aus der Frühzeit der sowjetischen Perestrojka.⁵⁰ Drittens konnte, wer den Begriff der Revolution gebrauchte, sich dem allzu bekannten Verdikt der Machthaber aussetzen, in Wahr-

⁴² Zur Gattung des Samizdat vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Von „aktuell“ bis „Zwischenruf“. Politischer Samizdat in der DDR, in: ders. (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samizdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002, S. 21–104.

⁴³ R. L.: Eine Kundgebung als Plebiszit, in: *telegraph* (1989) 7, S. 1.

⁴⁴ Zum politischen Hintergrund des *telegraph* vgl. Bernd Drücke: Anarchy in East-Germany. Ohne Umweltblätter und *telegraph* hätte es die Wende 1989 so nicht gegeben, in: *graswurzel-revolution* 340, <http://www.graswurzel.net/340/1989.shtml> [25. 09. 2014].

⁴⁵ Zur politischen Sprache in der DDR vgl. Ralph Jessen: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte (2011), http://pressegeschichte.docupedia.de/wiki/Diktatorische_Herrschaft_als_kommunikative_Praxis_Version_1.0_Ralph_Jessen [12. 01. 2014].

⁴⁶ Dies erhellt aus zahlreichen Artikeln der vorangegangenen Jahre. Vgl. die unter <http://www.ddd-samizdat.de/samizdat/> [03. 10. 2014] einsehbaren früheren Ausgaben des *telegraph*.

⁴⁷ Die zentrale Stellung des Revolutionsbegriffs in der SED-Ideologie zeigt sich etwa am entsprechenden Eintrag im Kleinen politischen Wörterbuch ([o. V.]: Revolution, in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin [Ost] ⁴1983, S. 819–823. Zur offiziellen Sprache in der DDR vgl. generell Jessen, Diktatorische Herrschaft.

⁴⁸ Siehe oben, Kap. III.

⁴⁹ Zit. nach Wolfgang Fritz Haug: Versuch, beim Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestrojka-Journal, Hamburg 1990, S. 93.

⁵⁰ Auf die wechselnden Charakterisierungen der Perestrojka durch Gorbatschow hatte Zdeněk Mlynář bereits Ende der 1980er Jahre hingewiesen (FSO, B-Sammlung, B 814, Zdeněk Mlynář: Die Möglichkeiten der Gorbatschow'schen Reformen [Ms. Freudenberg, 1987], S. 1 f.).

heit eine „Konterrevolution“ zu betreiben. Es verwundert insofern nicht, dass der „linientreue Dissident“⁵¹ Jürgen Kuczynski, wenn er als erstes SED-Mitglied den Revolutionsbegriff öffentlich aufgriff, noch am 8. November zurückhaltend von einer „konservativen Revolution“⁵² sprach. Ein westdeutscher Beobachter stellte dazu fest: „Ohne es sagen zu müssen, setzt er diese dadurch dem Gespenst einer Konterrevolution entgegen.“⁵³

Im Übrigen findet sich ein Exemplar der zitierten *telegraph*-Nummer, die in Kleinstauflage erschien und wohl kaum die Masse erreichte,⁵⁴ auch in den Unterlagen der grünen Bundestagsfraktion.⁵⁵ Eingedenk der guten Kontakte einiger Grüner zur DDR-Opposition⁵⁶ wäre es vorstellbar, dass Antje Vollmer das Heftchen noch vor der Bundestagsdebatte vom 8. November las und die Formulierung „gewaltfreie demokratische Revolution“ daraus übernahm. Auf Anfrage erklärte Frau Vollmer allerdings, den *telegraph* damals noch nicht gekannt zu haben. Sie weist jedoch darauf hin, dass Kontakte zu Bürgerrechtlern und Reisen in die DDR für ihre Deutung wichtig gewesen sein.⁵⁷ In jeden Fall scheint im zweiten deutschen Staat der Gedanke an eine „Revolution“ nach der Großkundgebung vom 4. November nicht untypisch gewesen zu sein. So notierte der DDR-Literat Wolfgang Kempe:

„Den historischen Augenblick / erkennt man daran, daß man ihn nicht erkennt. Zwar haben wir an der größten Demonstration, die es je in Deutschland gab, teilgenommen, haben Reden gehört, die uns den Atem verschlugen, und wußten, daß da irgendeine und irgendwie deutsche Revolution stattfindet, aber wir sind weit davon entfernt, diesen Augenblick wirklich zu erkennen, also zu verstehen. Wir sind sprachlos.“⁵⁸

1.3 Begriffsaktualisierung und semantische Innovation

In jedem Fall sticht ins Auge, dass Vollmers Formulierung „gewaltfreie demokratische Revolution“ sich bereits sehr nah am heute verbreiteten Sprachgebrauch be-

⁵¹ So der Titel von Kuczynskis Erinnerungen (Jürgen Kuczynski: „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, Berlin u. a. 1992). Die FAZ hatte Kuczynski kurz zuvor mit dem Prädikat „Querdenker und fröhlicher Marxist“ versehen (Ws.: Querdenker und fröhlicher Marxist. Der Ost-Berliner Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski wird 85, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 09. 1989, S. 5)

⁵² Jürgen Kuczynski: „Konservative Revolutionen“, in: Neues Deutschland 44 (1989), Nr. 263, 08. 11. 1989, S. 4.

⁵³ Haug, Versuch, S. 113.

⁵⁴ Laut Kowalczyk (Von „aktuell“ bis „Zwischenruf“, S. 72) hatte der *telegraph* (bzw. sein Vorgänger, die *Umweltblätter*) eine Auflage von 200 bis 4 000 Stück.

⁵⁵ Erhalten in AGG, B.II.1, 2305.

⁵⁶ Vgl. Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff.

⁵⁷ Schriftliche Mitteilung von Antje Vollmer, 06. 03. 2016, per E-Mail.

⁵⁸ Wolfram Kempe: Den historischen Augenblick, in: Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989, S. 187.

wegte. Vollmer entkleidete die Revolution ausdrücklich jener Gewaltsamkeit, die ihr im bisherigen Verständnis negativ anhaftete, und nahm damit – für den westdeutschen Kontext – eine folgenreiche semantische Innovation vor. Die Tragweite dieses Vorgangs lässt sich ermessen, wenn man Lexikoneinträge zum Stichwort Revolution aus der Zeit vor und nach 1989/90 miteinander vergleicht. So endet die begriffsgeschichtliche Einführung in der 1990 erschienenen (aber offensichtlich noch vor dem Herbst 1989 fertiggestellten) Fassung des betreffenden Eintrags im *Fischer Lexikon Geschichte* noch mit dem Verweis auf die chinesische Revolution, die eine „erneute Aufwertung der Gewalt als notwendiger Bestandteil von Revolutionen“⁵⁹ gebracht habe. In der Neuauflage von 2003 ist nach dieser Passage folgender Absatz hinzugefügt: „Das 20. Jahrhundert endete jedoch mit der Rehabilitierung der ‚friedlichen Revolution‘, denn die Auflösung der Sowjetunion infolge der von Gorbatschow durchgesetzten Reformen führte zu Umbrüchen, die zumindest teilweise unblutig verliefen.“⁶⁰ Anzumerken ist, dass das zweite paradigmatische Beispiel für solche unblutigen Umbrüche, die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei, chronologisch nach der „friedlichen Revolution“ in der DDR datiert. Victor Sebestyen zufolge geht die Bezeichnung „samtene Revolution“ auf Rita Klímová, die Pressesprecherin Václav Havels, zurück. Klímová war mit Zdeněk Mlynář verheiratet.⁶¹ Auch der Begriff „samtene Revolution“ stammt demnach aus dem Umfeld der früheren Solidarność-Solidarität.

Die semantische Innovation, die Antje Vollmer vornahm, ist folglich keineswegs als Kleinig- oder Selbstverständlichkeit anzusehen. Wie eng der Revolutionsbegriff mit dem Moment der Gewalt verknüpft war, zeigt sich auch an Wortmeldungen anlässlich des 200. Jahrestags der Französischen Revolution, der 1989 gefeiert worden war. So hatte der französische Historiker François Furet Mitte 1989 in einem Interview den „revolutionären Glauben, die gewaltsame Machtergreifung sei Vorbedingung zur Verwirklichung des menschlichen Glücks“ für „fast tot“ erklärt.⁶² Eine Applizierung des Revolutionsbegriffs auf aktuelle Ereignisse wie jene in der DDR musste demgemäß unangebracht scheinen. Die Ex-Maoistin Vollmer jedoch trennte ausdrücklich „Revolution“ von „Gewalt“, indem sie sich von ihrem einstigen Idol absetzte und das für Marxisten-Leninisten verbindliche russische Revolutionsmodell ausdrücklich verwarf: „Mao Zedong hat einmal gesagt: ‚Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution‘, und er meinte damit das alte Modell, eine mit *Gewalt* ausgetragene Oktoberrevolution, die auch im November stattfand. Dieser Satz, der einmal eine Utopie von Teilen der politischen Linken [im Westen] gewesen ist, stimmt heute nicht mehr.“⁶³ Diese semantische Innova-

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Dieter Langewiesche: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 2003, S. 315–337, hier S. 318 f.

⁶¹ Vgl. Victor Sebestyen: Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire, New York 2009, S. 367.

⁶² Das außerordentliche Ereignis, das wir gegenwärtig miterleben, ist, daß wir 1917 beerdigen unter der Fahne von 1789. Gespräch mit François Furet, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 36 (1989), Nr. 7, S. 619–626, hier S. 619.

⁶³ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13030C (Hervorhebung: K. S.).

tion lässt sich als Ausdruck einer fundamentalen Erwartungstransformation verstehen. Denn Vollmer löste den Revolutionsbegriff nicht nur vom Element der Gewalt, sondern distanzierte sich auch vom marxistischen Begriffsverständnis und von den „kommunistischen Zukunftserwartungen“,⁶⁴ die sich mit ihm verknüpften. Sie trennte den Begriff ferner von der historischen Erfahrung des Jahres 1917 und damit von seiner leninistischen Prägung, die das jakobinische Revolutionskonzept „zu einem Avantgardemodell der Führung von Massenbewegungen durch Berufsrevolutionäre zugespitzt“⁶⁵ hatte. Diese semantische Innovation, vorgenommen von einer Ex-Maoistin, dürfte dazu beigetragen haben, dem Revolutionsbegriff – der ohnehin „als Modewort ubiquitär verwendet“ und dadurch „zerschlissen“⁶⁶ war – größere Anschlussfähigkeit innerhalb und mehr noch außerhalb der (alten und „Neuen“) Linken zu verleihen. Anzumerken ist ferner, dass die hieran erkennbare fundamentale Erwartungstransformation gerade in der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre bereits vorbereitet worden war. Bei den Aktivisten war damals immer wieder von einer „Revolution“ die Rede, obwohl die Ereignisse (anfangs) keinen gewaltsamen Charakter trugen, und Gerd Koenen verwendet im Blick auf Polen damals exakt den Begriff der „friedliche[n] Revolution“.⁶⁷

Ausbreitung des Revolutionsbegriffs

Die Gewaltlosigkeit der ostdeutschen Proteste betonte auch Walter Momper, wenn er zwei Tage später, nach der Öffnung der Mauer, die Rede von der Revolution aufnahm. Am 10. November beglückwünschte der Chef der rot-grünen Koalition von Westberlin die Bürger der DDR zu ihrer „friedlichen Revolution“.⁶⁸ Er führte damit jenen Begriff ein, der bis heute die wohl gängigste Bezeichnung der Herbstereignisse des Jahres 1989 ist.⁶⁹ Zu bemerken ist, dass Momper bei Antje Vollmers Bundestagsrede zwei Tage zuvor zugegen gewesen war, denn auch er hatte im Parlament zum Bericht der Lage der Nation gesprochen.⁷⁰ Es ist also kaum möglich, zwischen beiden Äußerungen keine Verbindung zu sehen. Im Gegenteil ist darauf

⁶⁴ Reinhart Koselleck: Revolution, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, S. 653–788, hier S. 771.

⁶⁵ Detlef Lehnert: Revolution (Begriffsgeschichte und Theorie), in: Thomas Meyer u. a. (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 532 f., hier S. 532.

⁶⁶ Koselleck, Revolution, S. 787.

⁶⁷ Gerd Koenen: Editorial, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 1 u. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność), hier S. 24. Siehe dazu auch oben, Kap. II.

⁶⁸ Zit. nach [o. V.:] Brandt kommt zu Kundgebung nach Berlin, in: taz vom 11. 11. 1989.

⁶⁹ Vgl. zu Mompers Diktum Lindner, Begriffsgeschichte, S. 36. Lindner sieht in Mompers Worten zutreffend den frühesten Gebrauch des heute dominierenden Begriffs friedliche Revolution. Er lässt allerdings unerwähnt, dass die Begriffsverwendung zwei Tage zuvor durch Antje Vollmer semantisch vorbereitet worden war (s. o.).

⁷⁰ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13037C–13040D. Bemerkenswert ist, dass Momper bei dieser Sitzung nach Vollmer sprach, jedoch in seiner (vermutlich vorbereiteten) Rede noch nicht von Revolution oder friedlicher Revolution sprach.

zu verweisen, dass die eigentliche semantische Innovation, die Trennung von Revolution und Gewalt, bei Antje Vollmer lag, was auch an dem erheblichen Argumentationsaufwand abzulesen ist, den sie betrieben hatte – im Unterschied zu Momperers beiläufiger Formulierung, die die Trennung des Revolutionsbegriffs vom Element der Gewalt als bekannt voraussetzte. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass Momper den Revolutionsbegriff in einem ähnlichen Zusammenhang verwendete wie Vollmer. Auch er betonte im gleichen Atemzug, der Tag der Grenzöffnung sei nicht ein Tag der Wiedervereinigung gewesen, sondern – so sein Ausdruck – ein „Tag des Wiedersehens“.⁷¹

Solchermaßen eingeführt, konnte der Revolutionsbegriff auch für andere an Attraktivität gewinnen. Er breitete sich aus und erlangte mehr und mehr Anhänger. Bald gab es eine vielstimmige Rede von der „Revolution“ in der DDR, der jedoch höchst unterschiedliche, sich teils auch wandelnde Begriffsverständnisse zugrunde lagen. Frühere Solidarność-Unterstützer bewegten sich dabei inmitten eines gemischten Chores und werden hier deshalb im Kontext behandelt. Auffällig ist zunächst die rasche Aufnahme des Begriffs durch konservative Kommentatoren. Wenn diese nach dem Mauerfall den Revolutionsbegriff übernahmen, hoben sie gerade auf die Gewaltlosigkeit des bezeichneten Prozesses ab und schlossen damit an die semantische Innovation an, die Vollmers und Momperers Worte darstellten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* druckte die Gedanken zahlreicher Prominenten zu den Ereignissen, und Frank Schirrmacher kommentierte in seiner Einleitung: „Immer wieder ist von dieser einzigartigen Revolution die Rede, die sanft, buchstäblich ohne eine Fensterscheibe zu zerbrechen, Tyrannen von der Bildfläche fegte und ein Regime veränderte.“⁷² Auch Konrad Adam, Redakteur der FAZ, bekräftigte die von Antje Vollmer vorgenommene semantische Innovation:

„Was sich im Osten von Berlin und an den Grenzen ereignet hat, war eine Revolution, vielleicht die erste in der deutschen Geschichte. Gegen die Tradition, die den Umsturz immer nur von oben kannte, kam er diesmal von unten. [...] Dies war das eine Wunder. Das andere bestand in der *Friedfertigkeit* der Revolutionäre. [...] Die gewohnte Kulisse der Revolution, die Brände, Plünderungen und bewaffneten Milizen, fehlte.“⁷³

Zugleich jedoch brachte die Übernahme des Revolutionsbegriffs durch konservative Kommentatoren eine zusätzliche Bedeutungsausweitung mit sich. Hatte Antje Vollmer im Bundestag den Revolutionsbegriff auf die Demonstranten innerhalb der DDR und auf die dortigen Oppositionsgruppen bezogen, applizierte ihn FAZ-Redakteur Günther Nonnenmacher auch auf die Flucht zehntausender DDR-Bürger in die Bundesrepublik seit Sommer 1989:

„Wenn die SED-Führung, getrieben von der demokratischen Revolution, die von den Deutschen in der DDR durch politische Verweigerung, Flucht und Demonstrationen erzwungen wurde, an

⁷¹ Zit. nach [o. V.]: Brandt kommt zu Kundgebung, in: taz vom 11. 11. 1989.

⁷² Frank Schirrmacher: Es gibt wieder Hoffnung in der Welt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. 11. 1989.

⁷³ Konrad Adam: David, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. 11. 1989 (Hervorhebung: K. S.).

ihrem Wendekurs festhält, wird der 9. November 1989 als großes Datum in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingehen, als der Tag, an dem die Nachkriegsepoche, die Ära des ‚Kalten Krieges‘ – ein Begriff, der 1947 erfunden wurde – zu Ende ging.“⁷⁴

Dies ist deshalb bemerkenswert, weil etwa Vollmer den Revolutionsbegriff gerade gegen die Wiedervereinigungs-Rede mobilisiert hatte. Nahm man auch die Fluchtbewegung unter das Dach des Revolutionsbegriffs auf, war eine solche Verwendung nicht mehr konkurrenzlos. Denn es ermöglichte, den durch die Revolution aufgestoßenen Möglichkeitsraum wiederum mit dem Telos der Wiedervereinigung zu füllen. So kam Konrad Adam in seinem bereits zitierten Artikel zu dem Schluss: „Zusammen mit den Sperrlinien steht auch die deutsche Frage wieder offen; nur um den Preis der Unglaubwürdigkeit wird das der Westen ignorieren können.“⁷⁵ Und konservative Juristen plädierten 1990 für eine Vereinigung nach Art. 23 GG mit dem Argument, die „friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik“ stehe für die gleichen „Werte“ wie das Grundgesetz und öffne daher „das Tor zur deutschen Einheit“.⁷⁶

1.4 Pluralisierung des Revolutionsverständnisses

Der Revolutionsbegriff war somit nach der Maueröffnung bald allgemein in Verwendung. Doch existierten unterschiedliche Vorstellungen, welche Akteure und Aktionen er bezeichnen solle – und besonders, in welche Richtung der betreffende Prozess steuere. Aufgebracht hatten den Begriff Politiker und Kommentatoren der Linken. Sie hatten damit einen neuen Möglichkeitsraum konstituiert, der vor allem das Telos einer Wiedervereinigung konterkarierte. In diesem Möglichkeitsraum erblickten viele Linke die einmalige Chance, diverse eigene Vorstellungen und Wünsche realisiert zu sehen – nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik (s. Kap. IV.2). Sehr deutlich brachte dies Bernd Ulrich (Koautor des früheren Solidarność-Unterstützers Ralf Fücks) von der flügelübergreifenden „Aufbruch“-Gruppe der Grünen zum Ausdruck: „Die Revolution in der DDR hat auch für uns hier eine offene Situation geschaffen, von der wir bisher nicht zu träumen gewagt haben. Um es klar zu sagen: Die Wahrscheinlichkeit, daß wir noch einmal eine historisch so offene Situation bekommen werden in unserem Leben, ist nicht besonders groß.“⁷⁷ Konservative Politiker und Kommentatoren wie Adam füllten denselben Möglichkeitsraum auf andere Weise – für sie bot er das Potential, die Zielvorstellung einer Wiedervereinigung zu aktualisieren und in politische Programme zu überführen.

⁷⁴ Günther Nonnenmacher: Ein großer Schritt nach vorn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 1989.

⁷⁵ Adam, David.

⁷⁶ „Beitritt nach Artikel 23“. Erklärung von bundesdeutschen Staatsrechtlern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990, S. 634 f., hier S. 634.

⁷⁷ Bernd Ulrich: Zur Mindestausstattung linker und grüner Köpfe, in: taz vom 14. 11. 1989.

Angesichts dieser zunehmenden Begriffspluralität sahen sich etliche Vertreter der Linken veranlasst, eine genauere Bestimmung der Revolution vorzunehmen. Dies lässt sich als Verengung oder Rekonkretisierung lesen: Der Begriff sollte (wieder) auf einen bestimmten Sinn festgelegt werden, um seiner, wenn man so will, Ausfransung (bewirkt durch variablen Gebrauch) entgegenzuwirken. So erklärten insbesondere Vertreter der radikalen Linken, bislang zu beobachten sei eine „demokratische Revolution“, die jedoch rasch in eine neue Phase übergehen müsse, wenn sie von Erfolg gekrönt sein solle. „Die demokratische Revolution in der DDR wird sozialistisch werden oder sie wird sterben“, verlautete aus der von Maoisten und Troztkisten gegründeten VSP.⁷⁸ Deren Mitglied Jakob Moneta, Mitinitiator von *Solidarität mit Solidarność*, war der Ansicht, dass „die Ergänzung der politischen Demokratie durch ‚wirtschaftliche Demokratie‘ unerlässlich ist, wenn diese Revolution Bestand haben soll“.⁷⁹ Der Prozess, den sie prinzipiell begrüßten, stand aus Sicht dieser Linken noch vor seiner eigentlichen Bewährungsprobe. Die Revolution befand sich für sie gleichsam am Scheideweg, stand auf der Kippe.

Damit konstatierten die genannten Linken eine partielle Differenz zwischen Erwartung und (bisheriger) Erfahrung, brachten jedoch die Hoffnung zum Ausdruck, dass beide noch zur Deckung kommen könnten – freilich vergeblich. Hinter ihrer Lageeinschätzung stand ein Begriffsverständnis, welches stark an jenem „alte[n] Modell“ orientiert blieb, das Antje Vollmer am 8. November ausdrücklich verworfen hatte. Für diese Linken, die sich zumeist als „Revolutionäre“ verstanden, blieb eine wenn nicht unbedingt gewaltvolle, so doch die Ökonomie aneignende Umwälzung das (letztlich unerreichte) Ziel. Diese Perspektive konnte zugleich eine Art Teil-Historisierung der Revolution mit sich bringen, indem deren erste Phase abgeschlossen oder zumindest an ihre Grenzen zu stoßen schien. Dies verband sich häufig mit der Sorge, die erhoffte Fortsetzung der Revolution könne ausbleiben: „Sie hat die Mauer gebrochen, soweit, so gut. Aber sie soll etwas Neues schaffen, soll ihre Kräfte institutionalisieren zur Demokratie vor Ort. Die Kapitalfreunde möchten die Revolution zerstreuen“,⁸⁰ notierte der marxistische Philosoph Wolfgang Fritz Haug. An Antje Vollmer kritisierte er dementsprechend, sie verwechsle „eine Phase der Revolution mit dem gesamten Revolutionsprozeß“.⁸¹

Semantiken der Erwartungsstabilisierung

Bei allen Unterschieden war sämtlichen bis hierher erwähnten Vertretern der Linken gemein, dass sie ab November die Stabilisierung ihrer Erwartungen betrieben, indem sie den Revolutionsbegriff immer weiter gegen die Politik von Union und

⁷⁸ Manuel Kellner: Ein Volk, ein Reich, wie früher? Deutschnationaler Taumel entfesselt, in: SoZ thema [Beilage zu: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 24], S. „a“.

⁷⁹ Jakob Moneta: Ein Menschenrecht auf Imperialismus? Über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 5, S. 5.

⁸⁰ Haug, Versuch, S. 165.

⁸¹ Haug, Versuch, S. 130.

FDP ins Feld führten. Ab November 1989 lehnte nahezu die gesamte Linke unter Hinweis auf die Revolution nicht nur die Forderung nach Wiedervereinigung ab, sondern wandte sich auch gegen jegliche Bedingungen, welche die Bundesregierung für die Gewährung von Finanzhilfen formulierte. Das Junktim der Regierung Kohl, neue Kredite für die DDR werde es nur geben, wenn dort auch wirtschaftliche Reformen stattfänden, führte auf Seiten der Linken zu breiter Ablehnung. Entscheidend war dabei das Argument, die DDR-Bürger dürften nach ihrer „Selbstbefreiung“ nicht „bevormundet“ werden. So erklärte SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, selbst vom konservativen Parteiflügel kommend, in einem Radiointerview, die Äußerungen aus der Union kämen der Forderung gleich, „dass in der ddr die volksbewegung das uebernimmt, was wir hier in der bundesrepublik fuer richtig halten. und damit stimme ich nicht ueberein“.⁸² Derweil rief die VSP dazu auf, „die revolutionäre Bewegung in der DDR abzuschirmen und zu verteidigen – mit der Losung ‚Hände weg von der DDR‘“.⁸³ Sie schlug damit einen Bogen zur Situation bald nach der Oktoberrevolution von 1917, als die KPD die Arbeiterbewegung mit der Parole „Hände weg von Sowjetrußland“ agitiert hatte.⁸⁴ Auch in der DDR selbst kam der Revolutionsbegriff als Argument gegen westliche „Vereinnahmung“⁸⁵ zum Einsatz – etwa, wenn das Neue Forum im November in einem Flugblatt an die Bürger appellierte: „Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen“, um sich gegen „eine Gesellschaft, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen“, zu positionieren.⁸⁶

Es gab jedoch auch einige (radikale) Linke, die sich von Beginn an gegen eine Verwendung des Revolutionsbegriffs sperrten. Sie verharren bei der Antizipation einer Revolution und blieben damit bei jener Einschätzung, die sie ab dem Herbst 1989 permanent repitiert hatten. So konstatierten österreichische Trotskisten zum Jahreswechsel 1989/90: „die Revolution steht noch aus“.⁸⁷ Die Gruppe Arbeiterpolitik erklärte in ihrer gleichnamigen Zeitung noch im März 1990, in der DDR habe niemals eine Revolution stattgefunden.⁸⁸ Der trotzkistische Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) hielt bis weit ins Jahr 1990 daran fest, die „Arbeiterklasse“ in der DDR aufzurufen: „Besetzt die Betriebe! Baut Arbeiterräte auf!“⁸⁹ – und schickte

⁸² Kuppe, Deutschland 1989, Bd. 24, S. 404–406, hier S. 404.

⁸³ Hans-Jürgen Schulz: Hände weg von der DDR! Plädoyer für eine Unterstützung der revolutionären Bewegung, in: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 23, S. 7.

⁸⁴ Vgl. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 129.

⁸⁵ Stefan Heym etwa bezeichnete Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm als „Ouvertüre zur Vereinnahmung“. Zit. nach Michael Richter: Die Friedliche Revolution: Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Bd. 2, Göttingen 2009, S. 858.

⁸⁶ Zit. nach Bahrmann/Links, Chronik der Wende, S. 76.

⁸⁷ Zit. nach Haug, Versuch, S. 261.

⁸⁸ Vgl. Arbeiterpolitik 31 (1990), Nr. 1, S. 1 u. passim.

⁸⁹ So noch im Mai 1990 (BSA: Besetzt die Betriebe! Baut Arbeiterräte auf!, in: Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992, S. 275–279); analog bereits Ende Oktober (Stürzt die SED-Bürokratie! Baut Arbeiterräte auf! Aufruf des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: ebd., S. 83–108).

hierfür eigens Parteikader in die DDR, beteiligte sich sogar an den DDR-Wahlen.⁹⁰ Die bisherigen Ereignisse kennzeichnete er als „Arbeiteraufstände“,⁹¹ versagte ihnen jedoch das Label „Revolution“. Zu erkennen ist hieran ein engeres Begriffsverständnis, das vor allem auf eine Besetzung der Betriebe durch die Beschäftigten abzielte – die freilich ausblieb. Immer weiter war deshalb bei diesen Linken von einer „vorrevolutionäre[n] Lage“⁹² die Rede. Dies ist ebenfalls als Erwartungsstabilisierung zu interpretieren, da so die Hoffnung auf eine Revolution (wie man sie verstand) beständig fortgeschrieben wurde. Es lässt sich darin aber auch eine Selbstimmunisierung gegen Enttäuschung zu erkennen, insofern diese Linken den – für ihre Identität zentralen – Begriff der Revolution von der aktuellen Entwicklung isolierten und dadurch von vornherein von Beschädigungen freihielten. Gegen eine Beeinträchtigung des eigenen Begriffssystems durch Berührung mit der Umwelt errichteten sie gewissermaßen eine semantische Schranke, verhängten gleichsam eine Kontaktsperre zwischen Utopie und Realität.

Eine Stabilisierung der eigenen Erwartungen lässt sich auch bei den Maoisten vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) beobachten. Diese formulierten die These von einer „Konterrevolution“⁹³ in der DDR – und rückten damit semantisch in die Nähe des von ihnen stets abgelehnten SED-Regimes (während die SED selbst inzwischen von einer Revolution sprach).⁹⁴ In gewisser Weise erwiesen sie sich damit als besonders treue „Stalinisten“, als welche Maoisten von anderen Linken regelmäßig verurteilt wurden.⁹⁵ Indem sie den Begriff der Konterrevolution in Anschlag brachten, reagierten sie zwar semantisch durchaus auf die Situation, der Effekt war jedoch derselbe wie bei den erwähnten Trotzisten: Die eigene Utopie wurde gegen potentiellen Schaden abgeschirmt, indem man dem Umbruch von vornherein das zentrale, identitätsstiftende Label „Revolution“ versagte. Die hohe Bedeutung dieser Operation zeigt sich daran, dass der BWK zum Jahreswechsel 1989/90 sogar eine lange geplante Fusion mit der VSP platzen ließ. Hauptgrund waren Differenzen bei der Einschätzung der DDR-Ereignisse, welche die VSP als Revolution deutete.⁹⁶

⁹⁰ Vgl. Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR, S. 60 ff.

⁹¹ So bereits am 20. 10. 1989 (Baut Arbeiterräte auf! Aufruf des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR, S. 83–108, hier S. 83) und noch immer am 02. 06. 1990 ([o. V.:] DDR – Arbeiterklasse am Scheideweg. Bilanz und Perspektiven. Erklärung des Zentralkomitees des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: ebd., S. 344–377, hier S. 351: „Der Oktoberaufstand blieb auf halbem Wege stehen“).

⁹² Zit nach Haug, Versuch, S. 261.

⁹³ Zit. nach Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990, S. 57.

⁹⁴ So hatte Egon Krenz bereits am 12.11. auf einer Kundgebung erklärt: „Wir haben ein großes Werk vor, eine Revolution auf deutschem Boden, die uns einen Sozialismus bringt, der ökonomisch effektiv, politisch demokratisch, moralisch sauber und in allem den Menschen zugewandt ist“ (zit. nach Alexander Smolczyk: Avantgarde oder verlorenes Häufchen?, in: taz vom 13. 11. 1989, S. 7).

⁹⁵ So bezeichnete Gerlef Geiss (Arbeitskonferenz zur DDR, in: Sozialistische Zeitung 5 [1990], Nr. 3, S. 15) einen MLPD-Vertreter als „stalinistischen Clown“.

⁹⁶ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990, S. 57.

Abschied von der Revolution

Diese Beobachtung ist insofern bedeutsam, als der DDR-Umbruch in der Sicht derer, die ihn als Revolution verstanden, seine Bewährungsprobe letztlich verbreiteter Auffassung zufolge letztlich nicht bestand. Spätestens mit der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR, die eine verheerende Niederlage für alternative Gruppen wie das Neue Forum brachte und deren Ausgang auf der westdeutschen Linken als „äußerst enttäuschend“⁹⁷ und „ungeheurer Schock“⁹⁸ erlebt wurde, setzte ein allgemeiner Abgesang auf die Revolution ein. Deren Ende wurde allerdings nur selten darauf zurückgeführt, dass die Revolution abgebrochen worden oder gescheitert sei – etwa, weil die „Revolutionäre“ die entscheidende Chance zum Umsturz vertan hätten. In diese Richtung dachte etwa Wolfgang Fritz Haug, wenn er notierte:

„Diese demokratischen Antagonisten des befehlsadministrativen Regimes sind ja nicht nur die Verlierer der Wahlen vom 18.3., sie haben die Macht schon vorher – nicht so sehr verspielt, als nicht genommen. Für den Aufbau einer tragfähigen revolutionär-demokratischen Macht fehlte es an gesellschaftlichen Ansatzpunkten, auch Handlungsperspektiven.“⁹⁹

Ähnlich hatte sich der Trotzist und frühere Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf bereits im Januar beklagt. Wolf vermochte nicht einmal den Ansatz einer revolutionären Avantgarde zu erblicken, welche die von seiner Partei erhoffte „sozialistische“ Phase der Revolution hätte einleiten können: „Nirgendwo existiert eine politische Kraft, die eine umfassende gesellschaftliche Alternative jenseits von Kapitalismus und dem zuvor herrschenden System weisen würde.“¹⁰⁰

Weit häufiger jedoch (und nicht unbedingt in Konkurrenz zu den zitierten Überlegungen) wurde das Ende der Revolution auf externe Faktoren zurückgeführt. Die Revolution sei, so die Meinung vor allem unter radikalen Linken, von außen, nämlich vom westdeutschen Regierungsapparat und/oder „Kapital“, sprich vom „BRD-Imperialismus“, beendet worden. Der Ex-Maoist Michael Schneider verdichtete diese Deutung bald in seinem Buch *Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie*.¹⁰¹ Doch selbst die linksliberale *Zeit* konstatierte nach der Wahl: „Die Helden der Revolution, die wenigen wirklichen Widerständler: zu beinahe lächerlichen Randfiguren degradiert.“¹⁰² Auch führende Sozialdemokraten, von Oskar Lafontaine bis Johannes Rau, vertraten diese Ansicht. „Die Akteure der Revolution, die für die Freiheit gekämpft haben, sind an

⁹⁷ Hertha Däubler-Gmelin, zit. nach Fischer: Die Einheit sozial gestalten, S. 273.

⁹⁸ So Hans-Christian Ströbele, zit. nach [o. V.]: „Es ist zum Heulen“. Prominente Berliner Stimmen zum überraschenden Ausgang der DDR-Wahl, in: taz (Ausgabe Berlin) vom 19. 03. 1990, S. 21.

⁹⁹ Haug, Versuch, S. 439.

¹⁰⁰ Winfried Wolf: RGW, das tut weh! Gesellschaftskrise erfasst den ganzen Ostblock, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 3, S. 12.

¹⁰¹ Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.

¹⁰² Benjamin Henrichs: Nothochzeit, in: Die Zeit, Nr. 13, vom 22. 03. 1990, S. 63.

den Rand gedrängt“,¹⁰³ erklärte etwa der nachmalige Bundespräsident. Die SPD monierte vor allem, dass das Bündnis der Union mit einer ehemaligen DDR-Blockpartei, der ostdeutschen CDU, die eigentlichen Revolutionäre übervorteilt habe.¹⁰⁴ Zudem beklagte sich Egon Bahr am Wahlabend öffentlich, der Wahlkampf der CDU-geführten Allianz für Deutschland sei „von Seiten der westdeutschen CDU/CSU mit ‚geradezu faschistoiden‘ Methoden geführt worden“.¹⁰⁵

All diese Externalisierungen sind als Abarbeiten von Enttäuschung zu interpretieren, insofern äußere Umstände für das Scheitern verantwortlich gemacht und damit der gute Name der Revolution bewahrt wurde(n). Und sie waren in gewisser Weise lange vorgeprägt. Denn schon ab November 1989 war auf Seiten der Linken von der Gefahr die Rede gewesen, die Revolution könne von nationalistischen Parolen, westlichem Kapital oder Kohl'scher Junktimpolitik beschädigt werden. So hatte der Grünen-Politiker Gerald Häfner bereits im Februar betont, die Revolution sei „ins Stocken geraten“, sodass nun eine „Kolonisierung der DDR“¹⁰⁶ drohe. Wolfgang Fritz Haug verband diese Ansicht früh mit Legitimitätszweifeln gegenüber der Volkskammerwahl: „Die Art, wie Kohl die Parteivorsitzenden zitierte, ihnen Geld und Diskurse lieferte und Bedingungen diktierte, schraubte die ‚ersten freien Wahlen‘ in der DDR gleich von vornherein auf ein Niveau herab, das mieser als das bundesdeutsche ist.“ Diese Einschätzung brachte er auf die bündige Formel: „Nach der Revolution wird den DDR-Leuten nun auch ihre erste freie Wahl gestohlen.“¹⁰⁷ Auf solche Prognosen zurückgreifend, konnte das Wahlergebnis auch als Bestätigung ausgelegt werden. So hieß es im *Arbeiterkampf* ironisierend: „Wer hätte das gedacht: Die Schätzungen [...] zu den Novemberrevolutionären trafen ja ziemlich genau zu.“¹⁰⁸ In jedem Fall erweist sich das Narrativ von den enttäuschten ostdeutschen Revolutionären, das sich noch heute großer Prominenz erfreut,¹⁰⁹ als von Anbeginn (auch) westdeutsches Deutungsmuster – und zwar als eines linker Provenienz.

Einschränkung und Rücknahme des Revolutionsbegriffs

Im genannten Kontext gewann auch die Rede von einer Konterrevolution neue Anhänger. Denn einige prominente Linksintellektuelle beklagten, die Revolution sei in eine Gegenrevolte bzw. in „nationale Restauration“¹¹⁰ umgeschlagen. Der

¹⁰³ Zit. nach Haug, Versuch, S. 419.

¹⁰⁴ So im Parteivorstand nach der Wahl zahlreiche SPD-Politiker, etwa Willy Brandt und Anke Fuchs (vgl. Fischer, Die Einheit sozial gestalten, S. 272 bzw. 274).

¹⁰⁵ Zit. nach [o. V.:] Die Wähler in der DDR bekennen sich zur Einheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 03. 1990, S. 1.

¹⁰⁶ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/194, S. 14881B–C.

¹⁰⁷ Haug, Versuch, S. 310 u. 338.

¹⁰⁸ A./Hamburg: Von der Wahniederlage zur Großen Koalition, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 317, S. 6 f.

¹⁰⁹ Vgl. etwa Henke, 1989, S. 41 ff.

¹¹⁰ Haug, Versuch, S. 327.

Berliner Politikprofessor Johannes Agnoli erklärte die Volkskammerwahl in Anspielung auf die französische Revolution zum „Thermidor“¹¹¹ (das heißt zum Endpunkt der radikalen, jakobinischen Phase), den schon Leo Trotzki zum Prinzip des Umschlags von Revolution in Konterrevolution verallgemeinert hatte.¹¹² Bereits im Januar hatte Agnoli von der „unheimlichen Fähigkeit der Deutschen, in kürzester Zeit eine Revolution in eine Konterrevolution zu verwandeln“,¹¹³ gesprochen. Auch Ronald M. Schernikau – seltener Fall eines Linken, der zeitweilig in die DDR übersiedelt war – hatte die Entwicklung bereits im Frühjahr 1990 als „Konterrevolution“¹¹⁴ bezeichnet.

Genauso erhielt die These, es habe überhaupt keine Revolution stattgefunden, bereits ab Januar neuen Zuspruch. So beklagte sich die Zeitung des Kommunistischen Bundes: „Diejenigen in der DDR, die heute die Wiedervereinigung fordern, wollen keine Revolution und nicht die politische Macht für sich, sondern eine andere herrschende Klasse: die der BRD.“¹¹⁵ Ein Leser der *Sozialistischen Zeitung* wandte sich gegen den inflationären Gebrauch des Revolutionsbegriffs in diesem Blatt, wenn er anmerkte, dass die „antibürokratische Revolution [...] eifrig in der SoZ beklatscht wurde“, nun jedoch „der Eintritt in die gestürzte Partei als revolutionäre Tat propagiert“ werde.¹¹⁶ Beides passe, so die Kritik, nicht zusammen. Die marxistische Zeitschrift *Das Argument* wurde immerhin unsicher bei der Einschätzung der DDR-Ereignisse und gab ihrem Februarheft den offenen Titel „Revolution oder Restauration oder ...?“¹¹⁷ Die linke Grüne Jutta Ditfurth fragte auf einer Veranstaltung: „Was ist das für eine Revolution, die auf Knien in die Weltbank führt?“¹¹⁸ Auch in der DDR meldeten sich die Skeptiker des Revolutionsbegriffs seit dem Jahreswechsel verstärkt zu Wort. So erklärte der Schriftsteller Heiner Müller Anfang Februar, er könne die Revolution „nicht so ganz ernst nehmen“; eher schon sei das alte Regime „zusammengebrochen“¹¹⁹

Aus all diesen Äußerungen spricht nicht nur eine Missbilligung der jüngsten DDR-Entwicklung, sondern auch der Unwille, diese (weiter) mit dem Revolutionsbegriff zu belegen. Wie zuvor bereits andere, so isolierten die zitierten Linken den für sie zentralen, identitätsstiftenden Begriff, da die Dynamik nicht (mehr) in die von ihnen gewünschte Richtung wies, von der realen Entwicklung. Sie trennten damit Erwartung und Erfahrung, wodurch sie die mit dem Revolutionsbegriff verknüpften Erwartungen stabilisieren konnten.

¹¹¹ Zit. nach: [o. V.:] „Es ist zum Heulen“. Prominente Berliner Stimmen zum überraschenden Ausgang der DDR-Wahl, in: taz (Ausgabe Berlin) vom 19. 03. 1990, S. 21.

¹¹² Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen ³2009, S. 334 [Kommentar].

¹¹³ Zit. nach Haug, Versuch, S. 292.

¹¹⁴ Zit. nach ebd., S. 403.

¹¹⁵ Zit. nach ebd., S. 420.

¹¹⁶ Pablo/Karlsruhe: „... das tut weh“, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 4, S. 11.

¹¹⁷ Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Bd. 180 (1990).

¹¹⁸ Zit. nach Haug, Versuch, S. 292.

¹¹⁹ Zit. nach ebd., S. 320.

Umdeutung der Revolution

Eine gänzlich andere Variante, die sich als Mittelweg zwischen einer Anpassung und einer Stabilisierung der Erwartungen beschreiben lässt, findet sich bei Jürgen Habermas, der bereits im Frühjahr 1990 seinen vielzitierten Aufsatz über die *Nachholende Revolution* veröffentlichte.¹²⁰ Dem viel beklagten Umstand, dass die Revolution(en) im Osten wider Erwarten nichts Neues hervorzubringen schien(en), trug Habermas durch Beistellung des Adjektivs „nachholend“ zwar durchaus Rechnung – und erweiterte damit den Revolutionsbegriff, der im bisherigen Verständnis gerade den Durchbruch zu etwas Neuem meinte,¹²¹ um eine zusätzliche Bedeutungsschicht. Doch geschah dies um den Preis einer Archaisierung der im Ostblock bislang existenten Gesellschaften: sie wurden von Habermas implizit eine historische Entwicklungsstufe hinter die westlichen Gesellschaften zurückgesetzt, insofern sie zu diesen mit der Revolution überhaupt erst aufschlossen. Durch diesen Kunstgriff konnte der Revolutionsbegriff seinen – zumal für die Linke zentralen – temporalen (vorwärtsweisenden) Sinn behalten, der eng mit dem Fortschrittsbegriff verknüpft war und ist.¹²² Vor allem aber diente Habermas die semantische Innovation, die er vornahm, erklärtermaßen dazu, jeden *linken Revisionsbedarf* (so der Titel des Aufsatzes weiter) von der Hand zu weisen. Da im Osten nichts Neues entstehe, brauche die westliche Linke auch nicht umzudenken, so ließe sich der zentrale Gedanke seines Textes zusammenfassen.¹²³ In Habermas' Wortmeldung zeigt sich somit eine Kombination aus Erwartungstransformation (als partieller Abschied von Utopie: Revolutionen bringen nicht zwangsläufig etwas Neues hervor) und Erwartungsstabilisierung.¹²⁴

Prominente Sozialdemokraten beschritten einen anderen Weg. Sie integrierten die „nationale Wende“¹²⁵ des Umbruchs, das heißt die rasante Zunahme von Einheitsforderungen in der DDR, in ihr Revolutionsverständnis und näherten sich damit jener Semantik an, die bis heute die Erinnerung an 1989/90 prägt. Dies bedeutete allerdings auch, dass sie unausgesprochen auf den Wortgebrauch der oben zitierten Konservativen zusteuerten – hatten doch SPD-Politiker Revolution und

¹²⁰ Jürgen Habermas: *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf*. Was heißt Sozialismus heute?, in: ders.: *Die nachholende Revolution*. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 179–304.

¹²¹ Vgl. Langewiesche, *Revolution* [2003], S. 315 f.

¹²² Vgl. ebd.

¹²³ Prononciert in Habermas' Formulierung: „Die nicht-kommunistische Linke hat keinen Grund zur Depression. Es mag sein, daß sich manche Intellektuelle in der DDR erst umstellen müssen auf eine Situation, in der sich die westeuropäische Linke seit Jahrzehnten befindet“ (Habermas, *Die nachholende Revolution*, S. 203).

¹²⁴ Übrigens hatte der österreichische Schriftsteller Michael Scharang bereits im Januar 1990, also einige Wochen vor Habermas, erklärt, in der DDR sei nicht eine „sozialistische“, sondern eine „bürgerliche Revolution“ vor sich gegangen – eine welche dort „aus Gründen der historischen Vollständigkeit ohnedies [habe] nachgeholt werden“ müssen (Michael Scharang: *Wie jetzt ich zum Beispiel*. Der Endsieg des Westens über den Osten trägt sein Ende bereits in sich, in: konkret 1/1990, S. 11).

¹²⁵ Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 118.

staatliche Vereinigung ursprünglich als Gegensatzpaar dargestellt (s. o.). An diesem Kurswechsel hatte es zunächst noch Kritik gegeben. Peter Glotz etwa war im Januar 1990 gegen den Begriff der „Deutschen Revolution“ zu Felde gezogen, der schon damals Eingang in diverse SPD-Dokumente gefunden hatte.¹²⁶ Allerdings ist die Modifikation des Revolutionsbegriffs durch Einbeziehung der nationalen Dynamik als Teil der Umorientierung der SPD hin auf eine „Neu-Vereinigung“ zu deuten, insofern die Hoffnung, es werde etwas Neues entstehen, verlagert wurde, nämlich von der DDR auf den neu zu bildenden gesamtdeutschen Staat – den die SPD gerade nicht als erweiterte Bundesrepublik denken mochte. Damit importierten die Sozialdemokraten die Revolution gleichsam in den Westen. Nicht zufällig empfahl Klaus von Dohnanyi in seinem *Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre*, die DDR solle zunächst eigene Lösungen suchen und dabei „unsere Fehler vermeiden“, was „wiederum uns hilft, indem sie Wege findet, die wir noch suchen.“ Der Vereinigungsprozess sollte nach dem Willen der SPD dialogisch und im europäischen Rahmen verlaufen, damit auch der Westen von den revolutionären Erfahrungen der DDR-Bürger profitieren könne und die Chance erhalte, „die dringend nötigen Korrekturen auch an *unserem* System durchzuführen“.¹²⁷ Dies reichte bis zu der (auch unter Grünen populären) Idee, das Grundgesetz durch eine gesamtdeutsche Verfassung zu ersetzen, in der die Errungenschaften der Revolution aufgehoben – und auch für den Westen gültig – sein würden (s. u.). In jedem Fall bedeutet die begriffliche Wende der Sozialdemokraten, dass Erwartungsverlagerung stattfand: Die Hoffnung auf das Entstehen von etwas Neuem wurde nicht aufgegeben, sondern von der DDR auf den Westen übertragen.

Eine fundamentale Erwartungstransformation lässt sich dagegen bei einigen Linken aus dem maoistischen und undogmatischen Spektrum erkennen, die sich 1989/90 als „anti-deutsche“ Strömung innerhalb des Linksradikalismus formierten. Vertreter dieser Strömung waren unter dem Eindruck der DDR-Fluchtbewegung und der zunehmenden Einheitsforderungen von DDR-Demonstranten zu der Meinung gekommen, „der Deutsche“ habe aufgrund seines „Nationalcharakters“ prinzipiell einen „Mangel an Begabung zur Revolution“.¹²⁸ Bald verabschiedeten sie sich überhaupt vom positiv konnotierten Revolutionsbegriff der Linken und gebrauchten das Wort nunmehr pejorativ. So hieß es im *Arbeiterkampf* abwertend, die „wohl einzigartige ‚deutsche Revolution‘ der Rübmacher“, die schon das SED-Regime gestürzt

¹²⁶ Peter Glotz: Editorial, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 37 (1990), Nr. 1, S. 3. Glotz erklärte hier unter Verweis auf die Entwicklungen in Polen, Ungarn u. a. (aber auch auf Gorbatschow): „Die Revolution in Ostmitteleuropa ist international.“ Vgl. auch ders.: Renaissance des Vorkriegsnationalismus, in: ebd., S. 40–46.

¹²⁷ Klaus von Dohnanyi: Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre, München 1990, S. 15.

¹²⁸ Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit III, in: konkret 7/1990, S. 34. Der Autor versuchte sogar, sein Bild des „deutschen Nationalcharakters“ wissenschaftlich zu fundieren, wobei jedoch die eingesetzten Fragebogen wohl ausschließlich an Westdeutsche ausgegeben wurden.

habe, erzwingen nun die „Kapitulation“ der DDR.¹²⁹ Das Kompositum „deutsche Revolution“ bildete hierbei die semantische Brücke zur nationalsozialistischen Vergangenheit:¹³⁰ Wenn die Deutungshoheit über den Revolutionsbegriff schon an die Konservativen verloren war, so konnte er auch gleich (nachträglich) den Nationalsozialisten übereignet werden, so das Verfahren dieser Linken. Was sich leicht als ultimative Verzweigung am revolutionären Subjekt lesen lässt und mit der Selbsttitulierung als „anti-deutsch“ in der totalen Distanzierung von demselben gipfelte, stellt zudem eine grundsätzliche Negierung des Prinzips „Revolution“ dar und richtete sich damit vor allem gegen die übrige radikale Linke:

„Denn was waren die Ereignisse des Oktober 1989 anderes als ein leibhaftiger Volksaufstand, eine spontane Erhebung und veritable Revolution für ganz genau das ‚Recht auf nationale Selbstbestimmung‘, das Deutschlands Linke jahrzehntelang, wenn auch für die Basken und die Palästinenser, eingeklagt hatte? Und was bewiesen die Leipziger Montagsdemonstrationen anderes als die Existenz jenes geheimnisvollen Zusammenhanges von ‚nationaler und sozialer Befreiung‘, den Deutschlands Linke immer nur für Irland und die Westsahara gelten lassen wollte?“¹³¹

Das zentrale identitätsstiftende Projekt „Revolution“ versprach den Anti-Deutschen keinerlei Hoffnung mehr, sondern erschien ihnen als bloßer Mythos – eine fundamentale Erwartungstransformation, die zum Bruch mit der übrigen radikalen Linken führte, inklusive organisationeller Abspaltungen, wie 1990 beim Kommunistischen Bund.¹³²

2. Temporale Semantiken in der DDR- und Wiedervereinigungsdebatte

Wenn die zeithistorische Forschung das Agieren der Linken im Umbruch 1989/90 behandelt, so fehlt selten die Feststellung, diese habe sich weithin an überholte Vorstellungen geklammert – und deshalb den neuen Entwicklungen im Osten zumeist hilflos gegenübergestanden. „Als der Eiserne Vorhang zu bröckeln begann, verschloss die Führung der SPD die Augen“, so lautet die Bilanz Daniel Friedrich Sturms. In seiner Sicht „beobachteten die westdeutschen Sozialdemokraten fassungslos die Vorgänge in der DDR, aber auch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei“ und „beharrte[n] zunächst auf dem *status quo*“.¹³³ Zu einem ähnlichen

¹²⁹ D./Westberlin: „Die DDR wird über den Tisch gezogen“, in: Arbeiterkampf vom 05. 02. 1990, S. 8.

¹³⁰ So auch, wenn Hermann L. Gremliza von der „ersten erfolgreichen deutschen ‚Revolution‘, der national-sozialistischen“ sprach (Gremliza: Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen, in: konkret 1/1990, S. 8).

¹³¹ Joachim Bruhn: Was bedeutet „Nie wieder Deutschland“? Eine ungehaltene Rede [Oktober 1991], <http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/bruhn-nie.wieder.deutschland.pdf> [02. 04. 2016].

¹³² Vgl. zur Entstehung der „anti-deutschen Strömung“ Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2012.

¹³³ Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, S. 459.

kommt Regina Wick für die westdeutschen Grünen: diese seien die „Geister ihrer zehnjährigen Deutschlandpolitik [...] trotz völlig veränderter Ausgangslage nicht mehr los“ geworden, und aus dem „langen Festhalten an der deutschen Zweistaatlichkeit erwuchs für die Grünen 1990 nichts Gutes“.¹³⁴ Härter gehen Wolfgang Jäger und Ingeborg Villinger mit linken Schriftstellern wie Günter Grass und Stefan Heym ins Gericht: „Der zum ideologischen Reflex erstarrte Denkweg der Intellektuellen, die Welt nach einem Bilde zu entwerfen und es beharrlich in die Zukunft zu projizieren, ließ sie die Herausforderungen der Gegenwart [...] übersehen.“¹³⁵

Wie die am Beginn dieses Kapitels zitierte Erklärung von Petra Kelly verdeutlicht, findet sich eine solche Argumentationsweise, die bestimmte Ideen als anachronistisch charakterisiert, bereits in der Umbruchszeit selbst. Bei genauerer Betrachtung erweist sich sogar, dass die Auseinandersetzung der parlamentarisch vertretenen Parteien damals maßgeblich unter Verwendung solcher temporaler Argumente geführt wurde. Blickt man auf dieses Moment der Debatte, so lässt sich unbeschadet der feinen Differenzierungen, die frühere Studien vorgenommen und die innerhalb der einzelnen Parteien und Gruppen eine Pluralität von Positionen zu deutschlandpolitischen Detailfragen ans Licht befördert haben, unter temporalanalytischen Gesichtspunkten eine tiefer liegende Konfliktlinie erkennen, die bislang unterbelichtet geblieben ist.

2.1 Wiedervereinigung als Rückschritt

Auf der einen Seite zu verorten sind in einer solchen Perspektive Politiker und Kommentatoren, die wie Kelly gegen „überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik“ zu Felde zogen. Ihre Kritik machten sie insbesondere am bereits mehrfach zitierten Begriff „Wiedervereinigung“ fest, auf den sie die deutschlandpolitische Zielsetzung der Unionsparteien häufig zuspitzten. In großer Einmütigkeit nahmen Vertreter der unterschiedlichen Flügel und Strömungen bei SPD und Grünen, aber auch außerparlamentarische Linke diesen Begriff zum Anlass, die Vorstellungen der Union als rückschrittlich zu verurteilen.¹³⁶ So meinte bei den Sozialdemokraten nicht nur das linke Vorstandsmitglied Herta Däubler-Gmelin: „wiedervereinigung ist ein wort, das in die vergangenheit zurückweist. [...] was wir wollen, ist [...] eine form der einheit, also die beiden deutschen wagen im europaeischen zug aneinanderkoppeln. das ist was ganz tolles, das wollen wir auf-

¹³⁴ Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 301.

¹³⁵ Jäger/Villinger, Die Intellektuellen, S. 217.

¹³⁶ Dass der Wiedervereinigungsbegriff „weithin diskreditert“ gewesen sei, konstatiert für die SPD bereits Andreas Rödder (Deutschland einig Vaterland, S. 169), zitiert allerdings ausschließlich Angehörige der sogenannten Enkelgeneration.

bauen, das ist was fuer die zukunft.“¹³⁷ Sondern auch Hans-Jochen Vogel, vom rechten Parteiflügel kommend und als SPD-Chef um Ausgleich und Konsens bemüht, distanzierte sich vom Wiedervereinigungsbegriff: „Ich glaube nicht, daß die Menschen Vergangenes wiederherstellen möchten. Sie wollen, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit findet, und das im Zusammenhang mit der europäischen Einigung.“¹³⁸ Sogar Hans-Ulrich Klose, der öffentlich eine Kurskorrektur und ein klareres Bekenntnis seiner Partei zur deutschen Einheit forderte, bemerkte zugleich: „Ich denke nicht an einen deutschen Nationalstaat klassischer Prägung. Das Ideal wäre, die beiden deutschen Staaten als Teil eines vereinigten Europas ohne Grenzen.“¹³⁹

Auch Willy Brandt, retrospektiv oft als einsamer Fürsprecher der Einheit innerhalb der SPD angesehen, betonte nach dem Mauerfall, die „Parolen von gestern“ führten nun nicht weiter.¹⁴⁰ Auch bestand er noch Mitte Dezember 1989 in einem Interview darauf, „nicht ohne Grund“ für „eine Art von Deutschem Bund“ statt für einen Einheitsstaat eingetreten zu sein – habe er doch „seit langem [...] Probleme wegen des ‚wieder‘ gehabt“.¹⁴¹ Entsprechend monierte die CDU/CSU: „Es ist befremdend und zeugt von Kaltherzigkeit, daß ausgerechnet der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung anmeldet.“¹⁴²

Und selbst Erhard Eppler, der einst von der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) zur SPD gekommen war und der immer wieder als sozialdemokratischer Einheitsbefürworter zitiert wird, wandte noch Ende November ein: „Wiedervereinigung? Was die Menschen angeht, so hat sie am Wochenende vom 10. auf den 12. November schon stattgefunden. Und was die Staaten angeht, so ist heute noch klarer als früher, daß in jedem Falle alles anders sein wird, als es einmal war.“¹⁴³ Demgegenüber konnte ausgerechnet Oskar Lafontaine, rückblickend als wichtigster Einheits-

¹³⁷ WDR-Interview mit Herta Däubler-Gmelin am 11. 12. 1989, in: Kuppe, Deutschland 1989, S. 439–441, hier S. 441.

¹³⁸ [o. V.:] Vogel: Es ist verleumderisch ... Interview mit SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, in: Bild vom 30. 12. 1989.

¹³⁹ [o. V.:] „SPD muß sich zur Einheit bekennen“. Interview mit Hans-Ulrich Klose, in: Augsburger Allgemeine vom 17. 11. 1989.

¹⁴⁰ Zit. nach Brandts Come-Back – Kohls Reinfall, in: taz (Berliner Ausgabe) vom 11. 11. 1989.

¹⁴¹ [o. V.:] Warten bis irgendwann nach dem Jahr 2000? Fragen an den ehemaligen Bundeskanzler zur Zukunft der beiden Teile Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. 12. 1989.

¹⁴² CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedienst 3945p vom 19. 11. 1989.

¹⁴³ Erhard Eppler: Ist die DDR zu retten? Im Experiment eines demokratischen Sozialismus liegt eine Chance für den anderen deutschen Staat, in: Die Zeit vom 24. 11. 1989. Schon am 17. 06. hatte Eppler zwar die deutsche Frage für offen erklärt, jedoch zugleich betont: „Sicher sollten wir die Sprache überprüfen, in der wir unseren Konsens verständlich machen wollen, die Formeln, die bei unseren Nachbarn ganz anders wirken, als wir sie meinen. Wenn wir von Wiedervereinigung sprechen, dann hören unsere Nachbarn vor allem das ‚Wieder‘. [...] Wir müssen deutlich machen, daß wir nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn.“ (zit. nach Sozialdemokratischer Pressedienst, Jg. 44 [1989], Nr. 116, S. 6).

skeptiker der damaligen SPD angesehen, dem Wiedervereinigungsbegriff etwas abgewinnen – sofern damit, darauf bestand auch er, nicht die Restauration des alten Nationalstaats gemeint sei.¹⁴⁴

Von den Grünen kam eine ähnlich einstimmige, temporale Wiedervereinigungskritik, wie auch in Regina Wicks Dissertation durchscheint.¹⁴⁵ So formulierte der Bundeshauptausschuss schon im Oktober: „Die rückwärtsgewandte Vorstellung eines neuen großdeutschen Nationalstaates liegt quer zur konkreten Utopie des ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘. Die Zukunft gehört nicht einem ‚Europa der Vaterländer‘, sondern der europäischen Zusammenarbeit selbstbewußter Regionen.“¹⁴⁶ Auch Joschka Fischer zeichnete Anfang November in der *taz* ein temporales Bild: „Geschichte, Revolution, Umsturz, die Entstehung einer neuen Zeit, einer neuen Ordnung, entweder *vorwärts* zu einem neuen Europa oder *rückwärts* zu einem alten Deutschland.“¹⁴⁷ Linke Grünen-Abgeordnete um Sieglinde Frieß beabsichtigten sogar, die Verfassung zu ändern. Der Begriff „Deutsches Volk“ sollte nach ihrem Willen aus dem Grundgesetz gestrichen werden, um allen „Bestrebungen zur Wiedervereinigung entgegenzutreten“.¹⁴⁸ Mit ihrem Vorhaben fanden sie Unterstützung bei außerparlamentarischen Linken, welche ebenfalls eine temporale Kritik am Wiedervereinigungsbegriff artikulierten. Für eine Grundgesetzänderung sprachen sich etwa Teile der Radikalen Linken sowie der DKP-Individualist Georg Fülberth aus. Auch die trotzkistisch-maoistische VSP bezeichnete den Antrag auf Verfassungsänderung als „sinnvolle Initiative“.¹⁴⁹

Ein zentrales Argument linker Wiedervereinigungskritik war indes die ostentativ formulierte Prognose, ein vereintes Deutschland werde in Europa eine hegemoniale Stellung einnehmen. Diese Vorhersage, die sich auf teils ähnlich gelagerte ausländische Kritik berufen konnte,¹⁵⁰ gelangte geradezu in den Rang einer Anti-Utopie. So konstatierte Ralf Fücks rund ein Jahr später mit Blick auf die Grünen, für viele von ihnen sei Wiedervereinigung gleichbedeutend mit einer „Restauration ‚Großdeutschlands‘ mit all seinen expansiven Ambitionen“ gewesen.¹⁵¹ Von

¹⁴⁴ So sagte Lafontaine in einem Interview, die „Wiedervereinigung oder Neuvereinigung, wenn man sie einbettet in die europäische Einigung“, sei für ihn „überhaupt kein Problem“, wandte sich jedoch gegen jene, die „ins Deutschnationale zurückgefallen“ seien und damit „neben der Zeit“ lägen ([o. V.]: „Ich argumentiere für das Gerechtigkeitsempfinden“. SZ-Interview mit dem stellvertretenden SPD-Bundeschef, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, zu deutschlandpolitischen Fragen, in: Saarbrücker Zeitung vom 18. 12. 1989).

¹⁴⁵ Wick, Die Mauer muss weg, S. 271 u. passim.

¹⁴⁶ Die Grünen, Bundesvorstand, Pressemitteilung Nr. 169/89 vom 23. 10. 1989.

¹⁴⁷ Joschka Fischer: Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung, in: *taz* vom 16. 11. 1989.

¹⁴⁸ So Frieß, zit. nach [o. V.]: „Leere Hände, leere Hirne“, in: Der Spiegel 8/1990, S. 52–64, hier S. 52.

¹⁴⁹ VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“, in: Gesammelte Beiträge zur Diskussion der Linken, Nr. 4 (28. 12. 1989), S. 1–6, hier S. 5. Zum Unterstützerkreis der Initiative vgl. ebd.

¹⁵⁰ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 160.

¹⁵¹ Ralf Fücks: Ökologie und Bürgerrechte. Plädoyer für eine neue Allianz, in: ders. (Hg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 33–43, hier S. 34.

Antje Vollmer ging Mitte 1990 sogar eine Debatte aus, die sich um die Rolle des vereinten Deutschland als künftige „Weltmacht“ drehte.¹⁵² Einige radikale Linke gingen so weit, den ersten gesamtdeutschen Urnengang unter dem Motto „Keine Stimme für Deutschland – Reichstagswahlen – Ohne uns!“¹⁵³ abzulehnen. Bei ihnen gab es sogar die Idee, „am Termin der Reichsgründungswahl eine Anti-Deutschland-Konferenz durchzuführen“, um sich „demonstrativ an dieser Wahl nicht zu beteiligen“.¹⁵⁴

Auch gab es ab Winter 1989 immer wieder breite linke Bündnisse, die sich zur Organisierung von Demonstrationen gegen eine Vereinigung bzw. für den Fortbestand der DDR zusammenfanden – und an denen sich teils auch namhafte Persönlichkeiten aus SPD, Grünen und Gewerkschaften beteiligten.¹⁵⁵ Aus Teilen der außerparlamentarischen Linken formierte sich 1990 angesichts der Vereinigungsdynamik schließlich sogar eine Bewegung, die unter dem Motto „Deutschland? Nie wieder!“ über zehntausend Menschen auf die Straßen brachte und als Ursprung der anti-deutschen Strömung innerhalb der Linken zu gelten hat.¹⁵⁶ Für diese Strömung, wie generell für viele außerparlamentarische Linke, bestand die negative historische Folie primär im Nationalsozialismus und speziell im Holocaust. Überhaupt war auf Seiten der Linken auffällig häufig von Wiedervereinigung als „Anschluß“ die Rede.¹⁵⁷ Damit musste nicht explizit an die Angliederung Österreichs an Hitler-Deutschland erinnert werden, doch konnte diese Bedeutungsebene durchaus präsent sein. So notierte Wolfgang Fritz Haug bereits im Angesicht der Fluchtwelle Anfang Oktober 1989: „Unheimliche Erinnerungen an Szenen im Zusammenhang mit dem Anschluß Österreichs, mit der Einverleibung des Sudetenlands.“¹⁵⁸ Für die SPD hingegen hatte sich Parteichef Vogel vor allem gegen das 19. Jahrhundert abgegrenzt:

„Wir wollen nicht zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten, in dem diese Staaten um vermeintlicher nationaler Interessen willen in Europa blutige Bruderkriege ausgetragen haben. Wir wollen nach vorn in ein geeintes Europa, in dem die Völker des Kontinents unter dem Schutz einer europäischen Friedensordnung den Reichtum ihrer Vielfalt erfahren können. Eine Wiederbelebung des Nationalismus, im Westen oder im Osten, würde das gefährden. Was als Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki begonnen hat, weist den Weg in die Zukunft.“¹⁵⁹

¹⁵² Vgl. hierzu Wick, Die Mauer muss weg, S. 45.

¹⁵³ [o. V.:] Bericht über die RL-Konferenz in Köln, in: Arbeiterkampf 19 (1989), Nr. 323, S. 35.

¹⁵⁴ Fritz P.: An die AK-Redaktion, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 323, S. 27. Der Autor kritisierte darin das zitierte Vorhaben von etwa 30 Mitgliedern des Kommunistischen Bundes.

¹⁵⁵ Ein frühes Beispiel ist eine Berliner Demonstration vom 09. 12. 1989, auf der auch der örtliche DGB-Chef auftrat (vgl. Thomas Knauf: Vereint gegen die Kohl-Plantage, in: taz vom 11. 12. 1989, S. 17).

¹⁵⁶ Vgl. Gerber, Nie wieder Deutschland? (zur Demonstration speziell S. 29 ff.).

¹⁵⁷ So selbst bei den SPD-Linken Ulrich Maurer, Gerd Walter und Heidemarie Wiczorek-Zeul (Preußen oder Europa? Zu den historischen Chancen, die den Deutschen aus der Revolution im Osten erwachsen, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 45 [1990], Nr. 60 [27. 03. 1990], S. 1–3, hier S. 2).

¹⁵⁸ Haug, Versuch, S. 82.

¹⁵⁹ [o. V.:] Forum der Parteien. Für die SPD: Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, in: Augsburger Allgemeine vom 15. 12. 1989.

Ungeachtet dieser Differenzen wurde der Begriff Wiedervereinigung jedoch von nahezu sämtlichen Exponenten der Linken abgelehnt, und zwar mit dem einmütig temporalen Argument, er weise zurück in die – wenn auch unterschiedlich, so durchweg negativ gedeutete – Vergangenheit. Hiermit, wie auch mit der Verwendung des Revolutionsbegriffs, wurde die Zukunft von teleologischen, aus der Geschichte gewonnenen Fluchtpunkten befreit, wurde sie offengehalten und als *tabula rasa*, als prinzipiell leerer (Möglichkeits-)Raum, entworfen. Dadurch wurde sie verfügbar für neue Füllungen, wie man sie auf Seiten der Linken auch sogleich propagierte (s. u.). Vor allem aber war dieser Temporalsemantik eigen, dass sie jene Wiedervereinigung, die dann 1990 tatsächlich erfolgen sollte, als Rückschritt, als Rückfall in eine düstere Vergangenheit erschienen ließ.

2.2 Der revolutionäre Möglichkeitsraum und seine Füllung

Doch wenn die Linke sehr stark im Herbst 1989 die Deutschlandpolitik der Union als rückschrittlich kennzeichnete, mit welchen Begriffen wollten die Akteure dann die Zukunft besetzen? Im Folgenden werden zwei Begriffe genauer untersucht, die sich im Herbst 1989 häufig finden und die die vorliegende Arbeit schon in früheren Kapiteln betrachtet hat: den des „Sozialismus“ und den des „dritten Wegs“. Beide Begriffe spielten bereits in den am Beginn dieses Kapitels stehenden Zitaten eine Rolle, was anzeigt, dass sie, wie schon in der *Solidarność*-Solidarität der frühen 1980er Jahre, weiterhin auch miteinander verknüpft auftreten konnten (aber nicht mussten, wie zu zeigen ist).

Der Sozialismus war, wie im vorigen Kapitel bereits erläutert, als „demokratischer Sozialismus“ zunächst einmal integraler Bestandteil der Selbstverortung und -inszenierung der SPD. In dem neuen Grundsatzprogramm, über das die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren berieten und das sie im Dezember 1989 schließlich beschlossen, wurde ihm eine prominente Rolle zugewiesen.¹⁶⁰ Entsprechend hatten sich die parteiinternen Diskussionen zuvor gerade darum gedreht, wie der Begriff inhaltlich zu füllen sei. Bemerkenswert ist, dass dabei gerade einfache Parteimitglieder auf ein „klares sozialistisches Profil“¹⁶¹ drangen. Ein internes Papier aus dem Jahr 1985, das über 100 Zuschriften zusammenfasste, hielt als Bitte an die Programmkommission u. a. fest: „Der demokratische Sozialismus muß als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschrieben werden.“¹⁶² Auch wenn dies nicht unbedingt das allgemeine Verständnis bezeichnen musste, so ver-

¹⁶⁰ Vgl. [o. V.:] Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. 12. 1989 in Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa90-00398.pdf> [13. 01. 2014], S. 6 f. u. passim.

¹⁶¹ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, darin Mappe „E. Eppler“, Tischvorlage für die Sitzung der Programmkommission am 19. 03. 1985, verfasst von Burkhard Reichert, dat. 26. 02. 1985, S. 5.

¹⁶² Ebd., S. 2.

ankerte die SPD doch zahlreiche Vorhaben in ihrem Grundsatzprogramm, die von Befürwortern eines „dritten Weges“ propagiert wurden – etwa die Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie“.¹⁶³ Der Begriff des demokratischen Sozialismus enthielt demnach weiterhin Erwartungen, deren Realisierbarkeit sich bereits im „sozialdemokratische[n] Jahrzehnt“ unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt als begrenzt erwiesen hatte.¹⁶⁴ „Demokratischer Sozialismus“ blieb neben „Fortschritt“ und „Demokratisierung“ einer der zentralen, wenn nicht *der* zentrale Bewegungsbegriff der Sozialdemokratie.

Unterdessen sorgten die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa noch für eine zusätzliche Aktualisierung dieses Begriffs. Denn führende SPD-Politiker spekulierten seit längerem – und verstärkt unter dem Eindruck der Gorbatschow'schen Reformpolitik – auf eine Sozialdemokratisierung der herrschenden Parteien des Ostblocks (s. Kap. III.3). Vor diesem Hintergrund avancierte der Begriff des demokratischen Sozialismus zu einer Art Dach, unter dem westliche Sozialdemokratie und östlicher Reformkommunismus zusammengeführt werden konnten. Demgemäß sprach beispielsweise Egon Bahr ausgangs der 1980er Jahre ostentativ davon, der „alte Streit der Arbeiterbewegung, ob es Sozialismus ohne Demokratie geben kann, ist zu Ende“.¹⁶⁵ Insofern begünstigte die Tatsache, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus letztlich unscharf blieb, nur dessen Übertragung auf die Umbrüche im sowjetischen Machtbereich. Entsprechend konnte Horst Ehmke Anfang November im Bundestag erklären: „Der demokratische Sozialismus hat bei den Staatsparteien des Ostens seine Wirkung entfaltet“.¹⁶⁶ Parteichef Hans-Jochen Vogel sagte in derselben Sitzung sogar, der „demokratische Sozialismus“ erlebe „in der DDR und in ganz Osteuropa jetzt, in diesen Monaten, seine Wiedergeburt, und das strahlt auf ganz Westeuropa aus“.¹⁶⁷ In gleicher Weise sprach auch der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, im Herbst 1989 von einer „Renaissance des demokratischen Sozialismus“.¹⁶⁸ Was die DDR anging, verwies die SPD dabei jedoch weniger auf die (lange reformunwillige) SED, sondern vornehmlich auf die Oppositionsgruppen, die „einen ökologisch orientierten freiheitlichen und demokratischen Sozialismus“ anstrebten, wie Vogel betonte.¹⁶⁹ Hieran ist deutlich das Bemühen abzulesen, das eigene Programm mit den Ereignissen in der DDR zu verknüpfen und eine Kongruenz der Erwartungen in Ost

¹⁶³ Vgl. Grundsatzprogramm, S. 41.

¹⁶⁴ Vgl. hierzu aus emotionengeschichtlicher Perspektive Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.

¹⁶⁵ So bereits Anfang 1989 bei einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung (Egon Bahr: Reformen und Sicherheit, in: Peter Schneider/Peter J. Thelen [Hg.]: Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. 03. 1989 in Bonn, S. 6–15, hier S. 14).

¹⁶⁶ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13052D.

¹⁶⁷ Ebd., S. 13023D–13024A.

¹⁶⁸ [o. V.:] „Das ist das Wunder dieser Revolution“. AZ sprach mit dem Deutschlandpolitiker Egon Bahr, in: Abendzeitung vom 24. 11. 1989.

¹⁶⁹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13023D.

und West zu suggerieren. Dies lässt an Thomas Meyers Rede von einem „gemeinsamen Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie“¹⁷⁰ denken, die in Kapitel III bereits zitiert wurde. Die SPD hatte hiermit im Herbst 1989 zumindest insofern einen gewissen Erfolg, als konservative Beobachter wie der eingangs zitierte Ernst-Otto Maetzsche beklagten, es formiere sich in Ost wie West eine „neue ‚große‘ Koalition, eine Hüben-drüben-Koalition“, um in der DDR „ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‚Sozialismus des Dritten Weges‘ entstehen [zu] lassen“, und es für die Spitzen der Koalitionsparteien „der schwerste politische Kampf ihres Lebens“ werden würde, hiergegen anzugehen.¹⁷¹

„Für unser Land“ – „Für euer Land“

Die „Hüben-drüben-Koalition“, die die FAZ beobachtete, spiegelt sich auch im Netzwerk um die früheren Solidarność-Unterstützer. Ende November veröffentlichten ostdeutsche Schriftsteller und Bürgerrechtler den Aufruf *Für unser Land*, um für einen eigenständigen Weg der DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ einzutreten. Sie kritisierten dabei einerseits die bisherige Herrschaft der SED und die „vom Stalinismus geprägte[n] Strukturen“ in der DDR. Andererseits wandten sie sich auch gegen „unzumutbare Bedingungen“, die aus der Bundesrepublik an die DDR gestellt würden. Die Verfasser befürchteten einen „Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte“ und warnten davor, dass die DDR „vereinnahmt“¹⁷² werden könne. Der Aufruf kann als Plädoyer für einen „dritten Weg“ verstanden werden und fand im Lauf weniger Wochen eine halbe Million Unterstützer.¹⁷³ Stefan Heym, der den Text der Presse vorgestellt hatte, war einer der meistzitierten Redner der Großkundgebung vom 4. November auf dem Alexanderplatz gewesen und hatte sich in den frühen 1980er Jahren für Solidarność eingesetzt.¹⁷⁴ Bald unterzeichneten den Aufruf jedoch auch hohe SED-Funktionäre wie der neue Politbüro-Vorsitzende Egon Krenz. Dadurch verlor er laut Bernd Lindner rasch an Attraktivität.¹⁷⁵

Westdeutsche Linke reagierten mit einem eigenen Aufruf. Aktivisten um das Komitee für Grundrechte und Demokratie¹⁷⁶ antworteten mit der Erklärung *Für*

¹⁷⁰ AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Ms. für Vorträge in Amsterdam, Dezember 1988, und Moskau, Mai 1989], fol. 460r, 482r u. 483r–v.

¹⁷¹ Ernst-Otto Maetzsche: Koalition der Stehaufmänner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1989, S. 1.

¹⁷² Zit. nach dem Faksimile bei Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 188.

¹⁷³ Vgl. Andreas H. Apelt: Sozialismus contra Wiedervereinigung? Die DDR-Opposition und die deutsche Frage, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 138–153, hier S. 151.

¹⁷⁴ Siehe Kap. II.

¹⁷⁵ Vgl. Lindner, Die demokratische Revolution, S. 188.

¹⁷⁶ Zur Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie nach dem Russell-Tribunal vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 316.

euer Land, für unser Land. Auch sie wandten sich gegen eine Wiedervereinigung. Zur Begründung erklärten sie den Unterstützern des ostdeutschen Aufrufs: „Damit würde nicht nur Euer Versuch, einen Weg sozialistischer Demokratie aus der Krise Eurer Gesellschaft zu finden, verschüttet.“¹⁷⁷ Der inhaltlichen Übereinstimmung, die die Autoren zum Ausdruck brachten, entsprachen auch personelle Verbindungslinien. Denn zahlreiche (Erst-)Unterzeichner des ostdeutschen Aufrufs und der westdeutschen Erklärung sollten später im gesamtdeutschen *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* zusammenarbeiten.¹⁷⁸ Manche von ihnen – so die Dissidentin Ulrike Poppe auf östlicher Seite und Klaus Vack vom Komitee für Grundrechte und Demokratie auf westlicher Seite – hatten in den 1980er Jahren bereits die blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterschrieben (s. Anhang Abb. 10).

Dass in der westdeutschen Erklärung mit der „sozialistischen Demokratie“ ein Begriff wieder auftaucht, der schon im Gründungsaufwurf der Initiative *Solidarität mit Solidarność* im Zentrum gestanden hatte,¹⁷⁹ ist kein Zufall. Wie Stefan Heym auf ostdeutscher Seite, hatten sich auch zahlreiche Unterzeichner der westdeutschen Erklärung Anfang der 1980er Jahre hinter die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Polen gestellt: Sechs von ihnen waren bei *Solidarität mit Solidarność* engagiert gewesen und zehn hatten das *Friedensmanifest '82* unterschrieben. Weitere Verbindungslinien führen zu den 2 *Erklärungen zu Polen* und zum Aufruf *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten* aus dem Kreis der sozialdemokratischen Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (s. Anhang Abb. 10).

Wenn die „sozialistische Demokratie“ als Leitbegriff Bestand hatte, signalisiert dies jedoch nicht nur personelle Kontinuitäten, sondern auch eine bemerkenswerte Zielpersistenz, die die 1980er Jahre durchzog. Eine solche Zielpersistenz setzte allerdings eine erhebliche Enttäuschungstoleranz voraus. Dies lässt sich an einer Flugschrift ablesen, die das Komitee für Grundrechte und Demokratie bereits kurz nach dem Mauerfall veröffentlichte. Die Flugschrift legte ausführlich dar, warum das Komitee gegen eine Wiedervereinigung und für eine sozialistische Demokratie eintrat (s. u.). Darin hieß es, der Kampf für eine Verbindung von Demokratie und Sozialismus lohne sich, „[a]uch wenn es Jahrzehnte dauert und Widerstand, Opposition, eigenes Engagement erlahmen wollen“. Ausdrücklich bezog die Flugschrift gegen etwaige Erwartungstransformationen Stellung: „Nicht die Wendehälse zählen; auf diejenigen kommt es an, die solchen Zielen treu blieben, auch wenn es schwer ist. Osteuropa beweist es!“¹⁸⁰ Das Komitee kalkulierte also eine Marginalisierung als Preis seiner Zielpersistenz ein und nahm sie billigend in Kauf.

¹⁷⁷ Zit. nach [o. V.]: BRD-Prominente gegen Vereinnahmung der DDR. Aufruf „Für Euer Land, für unser Land“, in: Berliner Zeitung vom 04. 12. 1989, S. 2.

¹⁷⁸ Siehe Kap. V.

¹⁷⁹ Siehe Kap. II.

¹⁸⁰ AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 7.

Mit dieser Praxis der Erwartungsstabilisierung stieß das Komitee einem internen Rundschreiben zufolge zunächst durchaus auf positive Resonanz. Demnach hatte Anfang 1990 die Flugschrift eine Verbreitung von 155 000 Exemplaren erreicht. Sie zirkulierte in der Bundesrepublik wie auch in der DDR. Langjährige Verbindungen zu ostdeutschen Dissidenten besaß das Komitee durch einzelne seiner Mitglieder bereits vor dem Mauerfall. Im November 1989 stand es dann mit „Basisgruppen und Initiativen in 27 Städten und Gemeinden in der DDR“ in Kontakt. Anfang 1990 schließlich hatte sich ein Briefwechsel mit über 100 Vertretern von DDR-Oppositionsgruppen entwickelt. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Komitee bereits Druckerzeugnisse im Wert von 13 000 DM in die DDR geliefert. Die Rückmeldungen waren dem Rundschreiben zufolge überwiegend positiv. Gleiches verlautete auch zu den über 250 Briefen, die aus der Bundesrepublik eingingen.¹⁸¹

Betrachtet man die Flugschrift des Komitees hinsichtlich ihrer temporalen Semantik, so fügt diese sich in das in diesem Kapitel gezeichnete Bild. Abgelehnt wurde das Ziel einer „Wiedervereinigung“, das eine „ungeschichtliche Täuschung“ darstelle: „Von ‚Wiedervereinigung‘ kann nur reden, wer aus der Geschichte, nicht zuletzt aus der deutschen Geschichte, nichts lernen will.“ Das Komitee forderte damit einen Lernprozess ein, an dessen Ende Ent-„Täuschung“ stehen sollte. Seine eigene Position, an der Zweistaatlichkeit festzuhalten, präsentierte es als logisches Ergebnis eines solchen Lernprozesses: Nötig sei der Abschied von „neualten Betörungen und Trugbilder[n]. Deutscher Nationalismus hat in der Geschichte und Gegenwart, wenn es um Demokratie und Menschenrechte geht, jegliche Legitimation und jeglichen humanen Sinn verloren.“ Das Motto des Komitees lautete deshalb: „Nationale ‚Wiedervereinigung‘ widerspricht Menschenrechten und Demokratie“.¹⁸²

Die Zukunft wollte das Komitee mit anderen Konzepten besetzen. „Das Programm einer wahrhaft zivilen Gesellschaft steht in Ost und West gleichermaßen auf der Tagesordnung“,¹⁸³ hieß es in der Bekanntgabe. Die Autoren bedienten sich damit eines Begriffs, der nach dem Ende des Ostblocks Kritikern wie Befürwortern zufolge zu einem „neuen Schlüsselbegriff linker Identität“¹⁸⁴ für eine „sich entwickelnde nachsozialistische Linke“¹⁸⁵ avancieren sollte (s. Kap. V.2). Das Komitee jedoch verknüpfte ihn stattdessen ausdrücklich mit dem Sozialismusbegriff. „Unsere Aufgabe: Demokratie und Sozialismus mehr denn je!“, war der Schlussteil der Bekanntgabe überschrieben: „So ohnmächtig wir, die wir diese Worte ernst nehmen, scheinen: das ist das Ziel: Demokratie und Sozialismus,

¹⁸¹ AGG, A Martin Schmidt, 82, Informationen des Komitees für Grundrechte und Demokratie 2/90, dat. 10. 02. 1990, S. 1.

¹⁸² AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 5 f.

¹⁸³ Ebd., S. 2 u. 5 f.

¹⁸⁴ HIS, SB 001, Protokollnotizen zum Seminar „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der Idee einer sozialistischen Demokratie?“, undat.

¹⁸⁵ Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

Sozialismus in der Verlaufsform der Demokratie und Demokratie mit dem sozialen Fundament, für die aller gewaltfreier Einsatz lohnt.“ Die Umbrüche im östlichen Europa seien hierfür „endlich ein **positives** Menetekel“. ¹⁸⁶ Ende 1989 jedoch mochte es demnach für einen Moment so scheinen, als sei die eigene Konzeption plötzlich *en vogue*. In der Rückschau allerdings konstatiert Andreas Buro aus der früheren Solidarność-Solidarität, dass der Versuch, „das Thema ‚sozialistische Demokratie‘ neu auf die Tagesordnung zu setzen“, „zu dieser Zeit [...] nicht auf viel Gegenliebe“ ¹⁸⁷ gestoßen sei.

Wenig erfolgreich waren auch die Bemühungen des früheren Solidarność-Unterstützers Peter von Oertzen, gemeinsame Initiativen in Ost und West anzustoßen. Von Oertzen hatte nach dem Mauerfall an Linke in DDR und Bundesrepublik ein „Plädoyer für einen dritten Weg“ verschickt, aus dem ein öffentlicher Aufruf hervorgehen sollte. Positive Reaktionen erhielt von Oertzen hierauf u. a. von den SPD-Linken Iring Fetscher und Peter Brandt, die sich ebenfalls an der Solidarność-Solidarität beteiligt hatten. ¹⁸⁸ Insgesamt jedoch blieb die Resonanz begrenzt.

Das Papier ist dennoch aufschlussreich, weil darin eine ähnliche Zielpersistenz zum Ausdruck kommt, wie sie sich schon beim Komitee für Grundrechte und Demokratie zeigte. Bei Peter von Oertzen hieß es:

„Eine demokratisch und ökologisch gebändigte Marktwirtschaft, eine wahrhafte soziale Demokratie, das wäre mehr und besseres als irgendwo sonst auf der Erde existiert, ein erster Schritt auf einem dritten Weg und eine Hoffnung für viele.“

Für manche mag das Wort Sozialismus verbraucht sein; aber wie auch immer wir eine solche Ordnung nennen mögen: Ökologische Demokratie, Wirtschaftsdemokratie, soziale Demokratie, sie wäre eine Alternative: antikapitalistisch, antifaschistisch, antibürokratisch, antiautoritär.“ ¹⁸⁹

Wie von Oertzen im Anschreiben betonte, waren für ihn damit lang gehegte Hoffnungen verknüpft: „Wer wie ich sein ganzes Leben von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus geträumt hat, ist in der gegenwärtigen Lage vielleicht nicht so nüchtern, wie er sein sollte.“ ¹⁹⁰ Der Titel seines Plädoyers: „Wann, wenn nicht jetzt?“ ¹⁹¹ unterstrich die Dringlichkeit, die Oertzen in der deutsch-deutschen Umbruchssituation gegeben sah. Dies kann als eine drama-

¹⁸⁶ AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 6 f. (Hervorhebung im Original).

¹⁸⁷ Andreas Buro: Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten, Frankfurt am Main 2011, S. 216.

¹⁸⁸ Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Iring Fetscher an Peter von Oertzen, 25. 11. 1989; Sign. 22/1, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg (undat. Ms., von Peter Brandt mit hs. Kommentaren zurückgesandte Fassung; dort auf S. 16 der Kommentar: „Einverstanden“).

¹⁸⁹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg, undat. Ms., übersandt mit einem Schreiben vom 23. 11. 1989, S. 16.

¹⁹⁰ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Rundschreiben Peter von Oertzens vom 23. 11. 1989, S. 1.

¹⁹¹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg, undat. Ms., übersandt mit einem Rundschreiben vom 23. 11. 1989.

tische Verkürzung des Zeithorizonts für die Erfüllung eigener Erwartungen interpretiert werden. Gehörte etwa die „Wirtschaftsdemokratie“, die die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm festschrieb,¹⁹² in der Bundesrepublik zur Menge „kaum realisierbarer Fernziele“ der SPD(-Linken),¹⁹³ so konnte – und musste – nun im Osten die flüchtige Chance ergriffen werden, sie rasch zu verwirklichen. Dass dies ein hohes Enttäuschungsrisiko in sich barg, realisierte von Oertzen durchaus. In seinem Rundschreiben sprach er von einer „fast verzweifelter Lage“¹⁹⁴ und beklagte:

„Die DDR blutet aus. Immer noch verlassen die Menschen das Land zu Zehntausenden. Schwarzhändler, Währungsspekulanten und Grundstückshaie sind schon eifrig an der Arbeit. Und das große westliche Kapital wartet kühl auf den Augenblick, in dem es die Konkursmasse des ‚real existierenden Sozialismus‘ zu Schleuderpreisen aufkaufen kann. Geht der ökonomische und soziale Zerfall so weiter, dann besteht die Gefahr, daß über kurz oder lang die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und Bürger resignierend den Weg des bloßen Anschlusses an den BRD-Kapitalismus wählen wird. Die Chance für einen eigenen Weg der DDR-Gesellschaft wäre verspielt – und mehr als nur das.“¹⁹⁵

Wenn Peter von Oertzen mit seiner Initiative auch wenig Erfolg hatte, scheint er mit den Erwartungen, die er formulierte, durchaus nicht allein gewesen zu sein. Dies sei kurz am Beispiel der zahlreichen Zuschriften illustriert, die Willy Brandt – Symbolfigur des „demokratischen Sozialismus“ der SPD ebenfalls Fürsprecher eines „dritten Weges“¹⁹⁶ –, im Herbst 1989 erhielt. In ihnen zeigt sich deutliche Kritik an der Politik der Bundesregierung und den bundesrepublikanischen Verhältnissen überhaupt (vielfach als „Kapitalismus“, das heißt mit einem „Begriff der Kritik“¹⁹⁷ bezeichnet). So schrieb ein SPD-Mitglied:

„Wir Genossen mißtrauen der Bundesregierung, die ihre Hilfsmöglichkeiten abhängig machen wird von der Unterwerfung der DDR unter die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir Genossen sehen in der Reformbewegung eine Chance für den demokratischen Sozialismus.“¹⁹⁸

Von einem Schreiber wurde Brandt aufgefordert, sein „reichhaltiges Reservoir [...] an Erfahrungen mit geläuterten, reformierten Formen des Sozialismus, wie es unter den Lebenden keiner mehr hat“,¹⁹⁹ zu mobilisieren. In einem weiteren Brief liest man:

¹⁹² Siehe oben, Kap. III.

¹⁹³ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen, Stichworte zum Thema „Wirtschaftsdemokratie“, undat. (Dezember 1989), S. 1.

¹⁹⁴ von Oertzen, Wann, wenn nicht jetzt?, S. 2.

¹⁹⁵ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Brief von Peter von Oertzen, 23. 11. 1989, S. 2.

¹⁹⁶ Vgl. Bernd Rother: Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992, in: Bernd Rother (Hg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 229–248.

¹⁹⁷ Jürgen Kocka: Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: APuZ 35–37/2015, S. 10–17, hier S. 10.

¹⁹⁸ AdsD, WBA, Bestand A10.1 Lindenberg, Ordner 173, Rudolf Blumenberg an Willy Brandt, undat., Eingangsstempel 15. [?] 11. 1989.

¹⁹⁹ Ebd., Manfred Kinsler an Willy Brandt, 08. 12. 1989.

„Kaum hat die SED abgedankt, können viele hierzulande es kaum noch erwarten, daß dumpfer Materialismus und Profitgier westdeutscher Prägung bis an die Oder ausgedehnt werden [...]. Wenn aber eines Tages tatsächlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten anstehen sollte (ich spreche bewußt nicht von Wiedervereinigung; wiedervereinigt wird dann das deutsche Volk, nicht aber das unselige Groß-Deutsche Reich), dann muß auch nach der Mitgift des ostdeutschen Staates gefragt werden. Diese Mitgift kann m. E. nur in einer geläuterten Idee von Sozialismus bestehen. Ich bin nicht in der Lage, den Begriff ‚Sozialismus‘ neu zu definieren – daran sind schon viele gescheitert –; ich hätte auch nichts dagegen, wenn der Begriff künftig überhaupt nicht mehr benutzt wird – vorausgesetzt, die Idee selbst würde auch nur annähernd Wirklichkeit. Wenn die Gesellschaft des vereinten Deutschland um einiges humaner, solidarischer und weniger materialistisch wäre als die Gesellschaft der BR Deutschland, dann wäre die deutsche Teilung nicht umsonst gewesen.“²⁰⁰

Ähnlich kapitalismuskritisch äußerte sich ein anderer Schreiber. Dieser hielt es für „besonders wichtig, die DDR-Volkswirtschaft zu modernisieren, zu entbürokratisieren und Raum für Eigeninitiative zu schaffen. Gleichwohl sollten die Produktionsmittel staatlich bleiben. Eine völlige Abschaffung der Planwirtschaft ist ebenso falsch, wie die schematische Übernahme der freien Marktwirtschaft. Da könnten die Sozialdemokraten helfen, weil sie mit den Gewerkschaften sehr wohl auch die Schwächen unserer Wirtschaftsordnung kennen.“²⁰¹

Indes sorgte sich ein weibliches SPD-Mitglied: „Hoffentlich geht es gut weiter und sie machen nicht die Fehler des Westens nach“,²⁰² und in einer anderen Zuschrift hieß es: „Wer den doktrinären Kommunismus nicht will, kann wohl kaum den Kapitalismus als Allheilmittel verkünden.“ Auch der Vorsitzende eines SPD-Unterbezirks schlug dezidiert kapitalismuskritische Töne an:

„In der aktuellen politischen Auseinandersetzung hat die SPD [...] die Verpflichtung, die Kontakte, Zusammenarbeit und Unterstützung für die DDR und den [sic] anderen Ländern aus den von wirtschaftlichen und ideologischen Gesichtspunkten geleiteten Daumenschrauben der Kohl-Regierung herauszuhalten.

Weder die Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems noch die deutsche Wiedervereinigung können Maßstäbe einer Ostpolitik in den 90er Jahren sein, die den Interessen der Menschen gerecht wird. Die Entwicklung in der DDR läßt uns hoffen und ist uns gleichzeitig Ansporn für die tägliche Arbeit, um auch bei uns in Bayern die politische Landschaft zu verändern.“²⁰³

In den zitierten Briefen wurde, so läßt sich zusammenfassen, bezüglich der absehbaren Transformationen im östlichen Teil Deutschlands und Europas keine Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse gewünscht. Die Schreiber plädierten stattdessen dafür, dass sich gemeinsam mit dem östlichen Deutschland auch die Bundesrepublik verändern solle. Die Hoffnungen richteten sich, ähnlich wie bei Peter von Oertzen und bei *Solidarität mit Solidarność* Anfang der 1980er Jahre, auf verflochtene Transformationen in Ost und West, bei denen gewisse Impulse der DDR-„Revolution“ aufnehmen und in die westdeutsche Gesellschaft integrieren werde. Durchgängig artikulierten die Schreiber Vorbehalte gegen die bundes-

²⁰⁰ Ebd., Werner Karl Lilli [?] an Willy Brandt, 10. 12. 1989 (Hervorhebung im Original).

²⁰¹ AdsD, WBA, Bestand A10.1 Lindenberg, Ordner 174, Helmut Michel an Willy Brandt, 12. 11. 1989.

²⁰² Ebd., Charlotte Pöschel an Willy Brandt, undat., Eingangsstempel 25. [?]01.1990.

²⁰³ Ebd., Christian von Hoerner an Willy Brandt, 27. 11. 1989.

republikanische Wirtschaftsordnung, gegen Marktwirtschaft, Privateigentum und „Kapitalismus“.

Jedoch scheiterten die in den Briefen zum Ausdruck kommenden Erwartungen schon sehr bald. „Ich gehe davon aus, daß wir die Hoffnung auf einen dritten Weg für die DDR abschreiben müssen“, konstatierte der Bundesvorsitzende der SPD-nahen Jugendorganisation Die Falken Anfang 1990 in einem Brief an Peter von Oertzen. Über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf seine Organisation berichtete er, wie eingangs dieses Buches zitiert, weiter:

„Durch die jüngsten Entwicklungen sind in der Tat vor allem bei jüngeren Genossinnen und Genossen Verunsicherungen aufgetreten. Sie fragen sich, können wir noch für die sozialistische Gesellschaftsordnung offensiv auftreten. Ist nicht alles diskreditiert – auch wenn wir immer einen anderen Sozialismusbegriff hatten, als der im sogenannten real existierenden.“²⁰⁴

Widerstand gegen die Desavouierung des Sozialismusbegriffs

Hier deutet sich an, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus (und die mit ihm verknüpften Erwartungen) auch noch – und wohl vor allem – durch einen dritten Umstand aktualisiert wurden. Die Sozialdemokratie sah sich nämlich 1989/90 zunehmenden Angriffen aus den Koalitionsparteien ausgesetzt, die sich gerade an jenem zentralen Label der SPD festmachten. Politiker von Union und FDP übten sich (wie auch die konservative Presse) bereits seit Sommer 1989 darin, für Mittel- und Osteuropa den Untergang des Sozialismus zu prophezeien und daraus das Ende auch der westlichen Sozialdemokratie abzuleiten. Die semantische Nähe der Selbsttitulatur kommunistischer Diktaturen als „real existierender Sozialismus“ zum sozialdemokratischen Begriff des demokratischen Sozialismus lieferte hierbei das zentrale Argument, mit dem man die politische Konkurrenz zu treffen suchte. Einen Höhepunkt sollte diese Praxis Anfang 1990 im DDR-Wahlkampf finden, wenn die aus Bonn unterstützte DDR-CDU mit Slogans wie „Nie wieder Sozialismus“ oder der alten christdemokratischen Parole „Freiheit statt Sozialismus“ nicht nur gegen die ehemalige SED, die sich just in Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt hatte, zu Felde zog, sondern explizit auch gegen die ostdeutschen Sozialdemokraten. Dabei machte sich die CDU-geführte Allianz für Deutschland nicht zuletzt die Ähnlichkeit der Namen und Kürzel von SPD und PDS zunutze. In diesem „Schmutzwahlkampf“²⁰⁵ wurde der SPD allerdings bloß zum Verhängnis, was sie kürzlich noch selbst praktiziert hatte: die Verknüpfung von Sozialdemokratie und (Reform-)Kommunismus unter dem semantischen Dach des („demokratischen“) Sozialismus. Dass sich die SED im Dezember 1989 in (SED-)PDS umbenannt hatte – aus SPD-Sicht eine „Schweinierei“²⁰⁶ –, scheint zum Problem nur deshalb geworden zu sein, weil die DDR-

²⁰⁴ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 11/2, Roland Klapprodt an Peter von Oertzen, 26.01.1990, S. 1.

²⁰⁵ So Peter Conradi im SPD-Parteivorstand, zit. nach Fischer, Die Einheit sozial gestalten, S. 274.

²⁰⁶ So der niedersächsische SPD-Fraktionschef Rolf Wernstedt, zit. nach Jörg Bremer: Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus. Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

Staatspartei längst nicht mehr als Partnerin taugte, sondern zur Konkurrentin der Sozialdemokratie geworden war – und dies dann eben auch begrifflich.²⁰⁷ Von daher hatte sich die Erwartung der SPD an eine Sozialdemokratisierung der SED durchaus – jedenfalls semantisch – erfüllt, nur war dies weit zu spät erfolgt und geriet damit zum Störfall.

Zudem stellte die Strategie der Allianz für Deutschland im DDR-Wahlkampf nichts grundsätzlich Neues dar, sondern kam bei der CDU/CSU schon zum Einsatz, noch bevor sich die SED in PDS umbenannte. So wandte sich der Unionsfraktionsgeschäftsführer Friedrich Bohl bereits kurz nach dem Mauerfall gegen alle Versuche der SPD, „den sogenannten ‚demokratischen Sozialismus‘ als erfolgversprechenden Weg für die DDR zu propagieren“ – und mobilisierte dafür sogar den Revolutionsbegriff:

„Der Zusammenbruch des realen Sozialismus bedeutet den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt. Sozialismus, welcher Art er auch sei, setzt das Kollektiv vor den einzelnen Menschen. Sozialismus ist ein Synonym für Bevormundung und Gängelung. Die Revolution dieser Tage ist eine Revolution gegen die Bevormundung. [...]“

Die Losung der Zeit heißt Freiheit statt Sozialismus. Die SPD ist aufgefordert, ihr neues Grundsatzprogramm den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa anzupassen. Sie braucht eine Grundsatzprogramm-Perestroika: Die SPD sollte den Sozialismus aus ihrem Programm streichen.“²⁰⁸

Vor diesem Hintergrund sah sich SPD-Chef Vogel schon vor dem Mauerfall zu der öffentlichen Erklärung genötigt, das Ende diktatorischer Herrschaft im zerfallenden Ostblock bedeute nichts weniger als das „Ende der Sozialdemokratie“. Im gleichen Atemzug aktualisierte Vogel offensiv den Begriff des demokratischen Sozialismus – und konnte zugleich darauf verweisen, dass die Reformvorstellungen etwa der DDR-Opposition „keinesfalls auf Gesellschaftsmodelle neokonservativer Prägung“ hinausliefen. Übrigens sahen sich von den verbalen Angriffen der Konkurrenz nicht nur die Sozialdemokraten getroffen, sondern auch die Gewerkschaften. Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler, SPD-Mitglied und von der FAZ als „heimliche[r] Generalsekretär des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik“ apostrophiert, beklagte sich auf dem Gewerkschaftstag kurz nach dem Mauerfall wegen der „ideologischen Sektkorkenknallerei“ des „Kapital[s] im Westen“, welches „schon die Morgenröte einer jeder Fesseln enthobenen uneingeschränkten Profitwirtschaft“ erblicke und deshalb „den Sieg eines schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus“ verkünde: „Da wird der Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung gefeiert, da wird mit unverkennbaren Anspielungen auf unsere Gewerkschaften und alles, was wir [...] an sozialem Fortschritt erkämpft haben,

²⁰⁷ Die Umbenennung der ostdeutschen SDP in SPD war mit Zustimmung der westdeutschen Sozialdemokraten auch erfolgt, um einer möglichen Umbenennung der SED in SPD zuvorzukommen (vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 264). Das Problem der semantischen Nähe von SPD und PDS sollte sich im Übrigen mit der deutschen Vereinigung, durch die die beiden Parteien direkte Konkurrentinnen wurden, noch einmal verschärfen.

²⁰⁸ CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Wahrheit über die SPD-Deutschlandpolitik, Pressedienst vom 14. 11. 1989, S. 2.

der ganze, ach so üble, Kollektivismus abgefertigt.“ Er legitimierte dabei sein Festhalten am Sozialismusbegriff mit Verweis auf einen anderen Begriff, nämlich den des Kapitalismus:

„Die Idee eines humanen und demokratischen Sozialismus steht noch immer deutlich gegen den staatsbürokratischen Kommunismus östlicher Prägung und den inhumanen Kapitalismus westlicher Prägung. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus ist keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus. Und er ist schon gar kein Sieg des Kapitalismus. [...] Die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft.“

Mit Blick auf die Transformationen in der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Osteuropas fuhr Steinkühler sogar fort: „Deshalb bedeuten Glasnost und Perestrojka Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus.“ Und er fügte hinzu: „Es würde ein Stück gemeinsamer Zukunft verspielt werden, wenn Perestrojka letztlich nur darauf hinausliefe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren“.

Doch abgesehen davon, dass Letzteres bald eintreten sollte, war der rasante Ansehensverlust des Sozialismus nicht zu stoppen und wurde besonders ab dem Winter 1989/90 zu einem ernststen Problem für SPD und Gewerkschaften. Zu beobachten war die weitgehende Desavouierung des Begriffs in der DDR und den übrigen Ostblockstaaten und damit ein Trend, von dem auch die ostdeutschen Sozialdemokraten betroffen waren. Hatte Steffen Reiche zur Zufriedenheit seiner westdeutschen Gegenüber im Herbst 1989 noch erklärt, die SDP gedenke das Wort Sozialismus vom bisherigen Regime zu lösen und positiv zu füllen (wie auch das gleichfalls diskreditierte Wort „Partei“²⁰⁹), so konstatierte ein SDP-Vertreter bereits im Dezember: „Bei uns hat Sozialismus einen schlechten Klang. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft. In der DDR können Sie sehen, wie sozialistische Verhältnisse aussehen.“²¹⁰ Der niedersächsische SPD-Fraktionschef Rolf Wernstedt, der nur Tage zuvor betont hatte, bei der Auseinandersetzung um den Sozialismusbegriff gehe es „um die strategische Grundlage der nächsten Jahrzehnte“,²¹¹ musste zugestehen, dass Worte und Symbole wie „Genosse, Sozialismus oder rote Fahnen“ in der DDR äußerst unbeliebt seien. Dennoch rief Wernstedt zur Verteidigung des Sozialismusbegriffs auf: „[W]ir Sozialdemokraten geraten mit in den Strudel der Verachtung dieser Symbole, wenn wir nicht deutlich machen: das, was in der DDR war, war kein Sozialismus.“²¹² Inwieweit dies Anfang der 1990er Jahre gelang, wird in Kapitel V.1 genauer analysiert.

²⁰⁹ [o. V.:] Neubeginn oder Kollaps. Gespräch mit Steffen Reiche (SDP), in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 38 (1989), Nr. 12, S. 1074–1080, hier S. 1076.

²¹⁰ Zit. nach Jörg Bremer: Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus. Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

²¹¹ Rolf Wernstedt: Bildung in Deutschland – voneinander lernen [Transkript eines Vortrags vom 04. 12. 1989], in: Heinz Thörmer/ders.: Wenden oder Die deutsche Einheit als historischer Lernprozeß. Reden und Tagebuchnotizen, Marburg 1991, S. 29–39, hier S. 34.

²¹² Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover berichtet Jörg Bremer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

„Dritter Weg“ ohne „Sozialismus“

Nicht alle Teile der Linken, und auch nicht alle früheren Solidarność-Unterstützer, waren von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs betroffen. Einige von ihnen hatten sich von diesem Begriff bereits früher gelöst. Die Zielpersistenz, die sich bei Peter von Oertzen und beim Komitee für Grundrechte und Demokratie findet, steht somit nicht stellvertretend für alle früheren Solidarność-Unterstützer. Vielmehr lassen sich bei einigen ehemaligen Aktivisten auch fundamentale Erwartungstransformationen erkennen. Deutlich erkennbar ist dies bei grünen „Realos“ wie Joschka Fischer, der bereits im Frühjahr 1989 das Ende des Sozialismus verkündet und seiner Partei eine kapitalistische Reformpolitik empfohlen hatte.²¹³ Fischer hatte sich frühzeitig und ausdrücklich vom Sozialismusbegriff verabschiedet. Es gilt aber auch für andere Grüne, die im Umbruch 1989/90 für einen „dritten Weg“ jenseits von Kommunismus und Kapitalismus plädierten. Antje Vollmer und Ralf Fücks sind Beispiele dafür, dass der Begriff des „dritten Weges“ auch losgelöst vom Begriff des Sozialismus verwendet werden konnte. Vollmer erklärte am Tag vor dem Mauerfall im Bundestag, wer jetzt „vom Sieg der westlichen Werte“ spreche, der sei „unfähig, etwas Neues, Drittes zu denken“.²¹⁴ Sie verwendete damit zwar einen Begriff, der bereits in der Solidarność-Solidarität eine Rolle gespielt hatte und der anderen, wie das Beispiel Peter von Oertzens zeigt, zur Kennzeichnung einer sozialistischen Demokratie diente. Sie zielte damit jedoch gerade nicht auf eine sozialistische Demokratie. Von einem „dritten Weg“ sprach sie vielmehr, um sich von den „Fundis“ und „Ökosozialisten“ in ihrer Partei abzugrenzen. Vollmer versuchte mit Fücks und anderen in der Gruppe Grüner Aufbruch Anfang 1990, bei den Grünen eine „antisozialistische und reformpolitische Linie“²¹⁵ im Programm für die Bundestagswahl durchzusetzen. Gegen die Parteilinke taten sie sich mit „Realos“ wie Joschka Fischer zusammen, um sich gegen den linken Parteiflügel durchzusetzen. Das Unternehmen ging zwar fehl und die Grünen zogen mit einem stark links geprägten Programm in den Wahlkampf.²¹⁶ Der gescheiterte Versuch zeigt jedoch, dass Grüne wie Vollmer und Fücks von einem „dritten Weg“ inzwischen anders sprachen, als Letzterer es im Zuge der Solidarność-Hilfe getan hatte. Wenn Fücks die polnische Gewerkschaftsbewegung Anfang der 1980er Jahre auf einem „3. Weg“ gesehen hatte, war er davon ausgegangen, dass dieser zum Sozialismus führe.²¹⁷ 1989/90 in die Planungen zu einem großen „Perestroika-Kongress“ der Grünen eingebunden, plädierte Fücks weiterhin für einen „dritten Weg“, sprach jedoch nicht mehr von Sozialismus.²¹⁸ Die anhaltende Rede von einem „dritten Weg“ kann demnach nicht übersehen lassen, dass sich Fücks' Begriffs-

²¹³ Siehe unten, Kap. V.

²¹⁴ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031C.

²¹⁵ Hans-Joachim Veen/Jürgen Hoffmann: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bonn 1992, S. 66.

²¹⁶ Vgl. ebd.

²¹⁷ Siehe oben, Kap. II.

²¹⁸ Siehe oben, Kap. III.

verwendung entscheidend gewandelt hatte. In der Lösung des „dritten Wegs“ vom Sozialismusbegriff kommt damit eine weitere Erwartungstransformation zum Ausdruck, nachdem Fücks sich schon zuvor von marxistisch-leninistischen Dogmen gelöst hatte (s. Kap. II).

2.3 Die These vom demokratischen Vorsprung der DDR

Doch nicht nur das Projekt eines „dritten Wegs“ – ob nun verknüpft mit dem Sozialismusbegriff oder nicht – kennzeichneten Vertreter der Linken 1989/90 als zukunftsweisend, sondern schon durch den Tatbestand der „Revolution“ schien vielen die DDR zum Exempel avanciert zu sein. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie erklärte deshalb: „Die ‚westlichen‘ Gesellschaften sind zum Lernen herausgefordert! [...] Nicht der ‚Westen‘ expandiert nun ‚siegreich‘ in den ‚Osten‘. Vom Aufbruch dieser Länder können und müssen die westlichen Gesellschaften lernen“.²¹⁹ In ähnlicher Weise erklärte die trotzkistisch-maoistische VSP, in der sich die früheren Solidarność-Unterstützer Jakob Moneta und Winfried Wolf engagierten, zu der Entwicklung in der DDR:

„Sie gewinnt in einem sehr entscheidenden Punkt Vorbildcharakter: In der DDR wurde der die politischen Verhältnisse umwälzende Prozeß von unten in Gang gesetzt. Die Ereignisse in der DDR sind Beispiel für die Kraft, die Menschen dann entwickeln können, wenn sie ihre Interessen selbst formulieren, wen[n] sie sich hierfür mobilisieren, wenn sie beginnen, ihre eigene Geschichte zu schreiben.“²²⁰

Doch auch bei Sozialdemokraten und Grünen findet sich das Motiv eines temporalen Vorrückens der DDR. Wie bereits zitiert, sah Antje Vollmer im Osten die „erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden“ entstehen, „die uns nicht der Krieg und auch nicht die Siegermächte beschert haben“.²²¹ Im Westen, so Vollmer, müsse man sich „sehr, sehr beeilen, Anschluß an diesen demokratischen Aufbruch zu finden“.²²² Sie brachte die DDR damit in Gegensatz zur Bundesrepublik, deren politisches System vielen Linken als Produkt der Besatzungsherrschaft, wenn nicht als restaurativ galt. Im gleichen Sinne äußerte sich auch ihr Parteikollege Gerald Häfner, der mit ihr später an der Verfassungsinitiative des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* zusammenarbeiten sollte:

„Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte gab es eine friedliche, gewaltfreie, und vor allem erfolgreiche Revolution. Von diesen Bürgern der DDR könnten wir, die wir so gerne Wohlstand mit Freiheit, Parlamentarismus mit Demokratie, eine schwindelerregende Überrüstung

²¹⁹ AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 2.

²²⁰ VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“, in: *Gesammelte Beiträge zur Diskussion der Linken*, Nr. 4 (28. 12. 1989), S. 1–6, hier S. 1.

²²¹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031C.

²²² Zit. nach [o. V.:] Bonn feiert Einigkeit und Recht und Freiheit, in: *taz* vom 11. 11.1989.

mit Frieden und sonntägliche Spenden an Brot für die Welt mit weltweiter Solidarität verwechseln, noch vieles *lernen*. Denn auch bei uns, die wir diese sehr unvollkommene Demokratie nicht selbst erkämpft, sondern von den Alliierten geerbt (uns seither kaum verbessert) haben, gibt es viel zu tun.“²²³

Auch der Sozialdemokrat Erhard Eppler attestierte den DDR-Bürgern einen Demokratievorsprung – und erblickte darin sogar die Möglichkeit neuer Legitimation für den ostdeutschen Staat:

„Eine Chance für die DDR, an die noch vor ein paar Monaten niemand gedacht hat, könnte in dem demokratischen Selbstbewußtsein liegen, das entstehen muß, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger eines Tages auf eine Demokratie verweisen können, die sie selbst erkämpft haben. Das haben sie der Bundesrepublik voraus.“²²⁴

In dem Maße, in dem die DDR aus linker Sicht temporal vorrückte, fiel jedoch die Bundesrepublik zurück. Denn der westdeutsche Staat wirkte nur umso defizienter, je leuchtender das demokratische Beispiel des Ostens schien. Für den Juristen Helmut Ridder – ein „Nestor der westdeutschen Linken“²²⁵ und später ebenfalls in die Verfassungsdebatte involviert²²⁶ – bedeutete der Umbruch sogar, „daß 1789 die BRD nun einfach überspringt und irgendwie in der DDR ‚ankommt‘ und ‚dieses unser Land‘ einzukreisen beginnt“,²²⁷ wie er in einem Brief formulierte. Die Bundesrepublik geriet in dieser Deutung zu einer der letzten revolutionslosen Inseln Europas, gefangen in einer eigentlich längst zurückliegenden historischen Epoche.

Um den Impuls des DDR-Umbruchs wenigstens medial zu ‚importieren‘, forderten Grüne und Sozialdemokraten, auch das DDR-Fernsehen ins bundesdeutsche Kabelnetz einzuspeisen. Die Berichterstattung etwa der *Aktuellen Kamera* über den Umbruch sei neuerdings vorbildlich und ein Exempel in Demokratie, befand man auf Seiten der Linken im Herbst 1989. Deshalb müsse sie auch den Bundesbürgern zugänglich gemacht werden. So hatte Walter Momper den Abgeordneten der CDU/CSU schon am 8. November 1989 nahegelegt, sich das DDR-Fernsehen „öfter einmal an[zu]hören“,²²⁸ und Antje Vollmer sah die Westdeutschen „im Medienloch sitzen, wenn wir das DDR-Fernsehen nicht in unserem Kanal haben“.²²⁹ Der SPD-Abgeordnete Reinhold Hiller bezeichnete es als „absolutes Manko, daß es in zwei Dritteln der Bundesrepublik nicht möglich ist, die Veränderungen auch des DDR-Fernsehens zu verfolgen“.²³⁰ Entsprechend erkundigte sich für die Sozialdemokraten der Parlamentarier Rolf Niese bei der Bundes-

²²³ [o. V.:] Forum der Parteien. Für die Grünen: Gerald Häfner, MdB, in: Augsburger Allgemeine vom 01. 12. 1989 (Hervorhebung im Original).

²²⁴ Eppler, Ist die DDR zu retten?

²²⁵ Haug, Versuch, S. 176.

²²⁶ Siehe unten, Anhang, Tabelle 2, Zeile 1145.

²²⁷ So in einem Brief an Wolfgang Fritz Haug (zit. nach Haug, Versuch, S. 115).

²²⁸ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13013A.

²²⁹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031B.

²³⁰ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/177, S. 13535A.

regierung nach deren Bereitschaft, „den Empfang des DDR-Fernsehens auch für Bundesbürger sicherzustellen“.²³¹

Doch waren die Medien nicht das einzige Gebiet, auf dem die DDR einen Vorsprung gewonnen zu haben schien. Besonders die ab Dezember 1989 am Runden Tisch entstandene „eigentümliche zivilgesellschaftliche Kultur“²³² und die von diesem Gremium ausgearbeitete neue DDR-Verfassung wiesen aus linker Sicht vorbildliche Momente auf, die es noch 1990 im Vereinigungsprozess zu bewahren – und sogar auf den Westen zu übertragen – galt. Besonders die Grünen machten sich für das solcherart verstandene „Vermächtnis der vielzitierten friedlichen Revolution“²³³ stark. So beantragten sie im Bundestag, eine verfassungsgebende Versammlung für das vereinte Deutschland einzuberufen, welche „die Tradition und den Verfassungsentwurf des ‚Runden Tisches‘ in der DDR aufnehmen und weiterentwickeln“²³⁴ solle. Die neu zu entwickelnde Konstitution könne, so die Idee der Grünen, „ähnlich dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches in vielen Bereichen über dem [sic] vom Grundgesetz erreichten Standard hinausgehen“.²³⁵ Nach dem Scheitern dieser Initiative schlugen sie eine Verankerung wenigstens von Volksentscheiden im Grundgesetz vor. Zur Begründung gaben sie an, dass mit dem „Zusammenbruch der alten Ordnung“ „zwar ein Teil der Forderungen“ der „friedliche[n] Revolution“ realisiert worden sei. „Der zweite Teil, die Forderung nach umfassender politischer Selbstbestimmung und Demokratie harrt auch im vereinten Deutschland noch der Verwirklichung. Alle vier Jahre an Wahlen teilnehmen und seine Stimme – im doppelten Wortsinn! – abgeben zu dürfen, reicht bei weitem nicht aus.“²³⁶ Damit unterstrichen die Grünen die (aus ihrer Sicht zu beklagende) Defizienz der bundesrepublikanischen Demokratie und versuchten, mit der Integration plebiszitärer Elemente wenigstens einen Rest des revolutionären Impulses aus der DDR ins vereinte Deutschland zu retten. Dem wird in Kapitel V weiter nachzugehen sein.

Den Gewerkschaften hingegen ging es um das Aussperrungsverbot bei Arbeitskämpfen, das im neuen Gewerkschaftsgesetz der DDR festgehalten worden war. Eine entsprechende Regelung gelte es, so IG Metall-Chef Franz Steinkühler im März 1990, auch in der Bundesrepublik zu erreichen. Dass die bundesdeutschen Unternehmer das neue DDR-Gesetz als „Investitionshemmnis“ kritisierten, zeugte für Steinkühler von einer „merkwürdige[n] soziale[n] Einstellung“.²³⁷ Westdeutsche Strafgefangene wiederum forderten zuhauf, die Bundesrepublik solle analog

²³¹ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/5957, S. 36.

²³² Haug, Versuch, S. 398. Haug fragte sich ebd.: „Ob dieser Zugewinn gehalten werden kann?“ Zum Zivilgesellschaftsbegriff s. u., Kap. V.2.2.

²³³ So auch der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel – zur Begründung seines Vorschlags, Waffenexporte stark zu begrenzen (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/224, S. 17684).

²³⁴ So Eckhard Stratmann-Mertens am 09.09. im Bundestag (Plenarprotokoll 11/222, S. 17508A).

²³⁵ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7764, S. 3.

²³⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/8412, S. 2.

²³⁷ Zit. nach [o. V.:] „Die Aussperrung in ganz Deutschland verbieten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.03.1990, S. 17.

zur DDR eine Anmestie in den Gefängnissen durchführen – und fanden hierfür ein Forum bei der linksalternativen *tageszeitung*. Das Ansinnen der Häftlinge sagt indes einiges über deren Staatsverständnis aus: die Bundesrepublik war aus ihrer Sicht mitnichten ein Rechtsstaat, stattdessen stellten sie ihre eigene Verurteilung mit dem (früheren!) politischen Strafrecht in der DDR auf eine Stufe.

Doch selbst altes, vorrevolutionäres DDR-Recht konnte sich aus linker Perspektive als bewahrens- und importierenenswert, weil bundesdeutschem Recht voraus, erweisen. Für die Grünen, die sich als Sprachrohr der Neuen Sozialen Bewegungen verstanden, ging es hierbei erstens um die Homosexuellenrechte, deren Einschränkung bereits 1988 aus der DDR-Verfassung gestrichen worden war. Die Grünen forderten entsprechend eine „Rechtsangleichung“ durch Streichung des § 175 aus dem westdeutschen Strafgesetzbuch, da bei einer „bloßen Übernahme des bundesdeutschen Rechtssystems [...] die fortgeschrittenere rechtliche und politische Debatte über Gesellschaft und Homosexualität in der DDR dem Vereinigungsprozeß zum Opfer fallen“²³⁸ würde. Zweitens ging es den Grünen um einen straffreien Schwangerschaftsabbruch. Im Zuge der Vereinigung sei „eine Regelung zu treffen, die nicht hinter die in der DDR geltende zurückfällt“ – und letztendlich der von der Frauenbewegung jahrzehntelang bekämpfte § 218 StGB ersatzlos zu streichen.²³⁹ Schließlich hatte schon im Juli 1990 ein deutsch-deutscher Frauenkongress geklagt: „Der hoffnungsvolle gesellschaftliche Aufbruch in der DDR ist im Keim erstickt. Der deutsch-deutsche Ver-Einigungsprozeß droht zu einem historischen Rückschritt im Emanzipationsprozeß von Frauen/Lesben in Ost und West zu werden.“²⁴⁰ Und bereits im Februar hatten in der DDR Frauen mit der Losung „Dafür sind wir [im Herbst 1989] nicht auf die Straße gegangen“²⁴¹ öffentlich protestiert.

Neben diesen ganz materiellen Momenten gab es auch vielfach die Vorstellung von bewahrenswerten immateriellen, kulturellen Werten in der DDR. So ließ eine Sozialdemokratin, die sich als Angehörige der „68er“-Generation vorstellte, Willy Brandt schon im November 1989 wissen:

„Viele hier vergessen so schnell, daß Drüben Menschen wie die Schauspielerin Steffi Spira sind. Die aus der Emigration nach 1945 ganz bewußt in jenen Staat gegangen sind. Die große Hoffnungen hatten, und dennoch jahrzehntelang sehr gelitten haben [...]. Diese Menschen und auch viele Arbeiter haben nun mit Recht Angst, das Gute, Solidarische, das sie mühevoll mitgestaltet haben, könnte geschluckt werden. Unsere Ellenbogengesellschaft hat leider so faszinierend volle Geschäfte.

[...] Ich hoffe sehr, daß unsere, ach so tüchtige Gesellschaft von den Menschen da drüben etwas lernen wird. Wir haben 2 Millionen Arbeitslose (mindestens) und 6 Millionen z. T. heimliche Arme. Mich erschreckt der protzige Reichtum, den ich im Mittelbau um mich herum sehe. Willy, bei uns gibt's noch so viel zu tun und ich bin froh und war immer froh, daß es Menschen wie Dich gibt.

²³⁸ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7544, S. 2.

²³⁹ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7764, S. 2 f.

²⁴⁰ Zit. nach Grüner Basisbrief [der bayerischen Grünen, überliefert in deren Landesgeschäftsstelle in München] vom September 1990, S. 4.

²⁴¹ Zit. nach Haug, Versuch, S. 343.

Ich wünsch mir zu Weihnachten, daß Viele [sic] der Irritierten sehen, der Sozialismus kann sich entwickeln und es finden sich Möglichkeiten.“²⁴²

Dies musste nicht einmal als Widerspruch zu Bildern der Rückständigkeit stehen. So sprach Wilhelm Knabe, der sich Anfang der 1980er Jahre bei den Grünen für Solidarność eingesetzt hatte, gegen eine Übertragung des westlichen Modells auf die DDR aus und plädierte stattdessen für eine Angleichung des ökonomischen Niveaus in Gegenrichtung. Rückstand bedeute in dieser Sicht Vorsprung:

„Kann das Gefälle zwischen Ost und West nur durch das Anheben des materiellen Wohlstandes in der DDR beseitigt werden? Kann man dies nicht auch durch das Absenken des materiellen Verbrauchs im Westen tun? Könnte dieser Ausgleich des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den beiden Staaten nicht auch ein *Vorläufer* des notwendigen Ausgleichs zwischen Nord und Süd sein?“²⁴³

Somit stand die DDR 1989/90 bei vielen früheren Solidarność-Unterstützern doch noch für ein Stück Zukunft und eine gewisse Vorbildhaftigkeit. Entsprechend musste, wenn sie letztlich in einer erweiterten Bundesrepublik aufging, dies als fataler Rückschritt erscheinen. War die DDR eben erst temporal vorgerückt, konnte die hierdurch zurückgefallene Bundesrepublik nicht Zielpunkt des ostdeutschen Umbruchs sein. Dies jedoch behaupteten etwa konservative Juristen, wie oben erwähnt. Mit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess sahen sich viele Linke zudem auf eine Position der Schwäche zurückgeworfen. Peter von Oertzen etwa hatte schon im November 1989 gewarnt, wenn der „Anschluß“ der DDR „auf kapitalistischer Grundlage vollzogen“ werde, sei „auch die Linke in der BRD entwaffnet“, denn das vereinte Deutschland werde „die wichtigste imperialistische Macht nächst den USA sein. Die Folgen für das innenpolitische Kräfteverhältnis sind absehbar.“²⁴⁴

Auch wenn nicht alle die Lage so pessimistisch einschätzten, signalisierten doch die Wahlniederlagen von SPD und Grünen im Dezember 1990 neben deren „Anpassungskrise“²⁴⁵ auch, dass die Linke insgesamt vollends in die Defensive geraten war.²⁴⁶ Dazu passt, dass zahlreiche Akteure nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erneut eine temporale Semantik des Rückschritts bemühten. Selbst radikale Linke schätzten den Wahlausgang, der die SPD zurückwarf und die Grünen aus dem Parlament verwies, als verheerend ein. So bezeichnete der maoistische BWK das Ergebnis als „Rückschlag für uns alle“ und konstatierte, die schwarz-gelbe Koalition habe jetzt „ein Mandat für eine Reihe reaktionärer Vorhaben“. Auf den Vereinigungsprozess zurückblickend, diagnostizierte er: „Der Zentralstaat und die Konzernwirtschaft der BRD haben mit ihren Möglichkeiten,

²⁴² Ebd., Renate Freyer-Reschke an Willy Brandt, 11. 11. 1989.

²⁴³ Ebd., S. 13046B–C (Hervorhebung im Original).

²⁴⁴ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen, Diskussionsthesen zur Situation der Linken in der BRD und DDR, undat. (Dezember 1989), S. 1.

²⁴⁵ Rödter, Deutschland einig Vaterland, S. 173.

²⁴⁶ Dies betont auch Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2010, S. 14 f.

in großem Stil Fakten zu setzen, die Linke [...] überrumpelt und in einigen Fragen vor Rätsel gestellt, die beantwortet schienen.“²⁴⁷

3. Zwischenfazit

1989 gilt als das Jahr der Rückkehr der *friedlichen Revolution*. Gemeint ist damit die erneute Trennung der (politischen) Revolution vom Element der Gewalt, das seit der russischen und chinesischen Revolution das Begriffsverständnis geprägt hatte. In diesem Kapitel konnte gezeigt werden, dass es nicht etwa ostdeutsche Akteure, sondern mit Antje Vollmer eine westdeutsche Linke aus der (früheren) Solidarność-Solidarität war, die den Revolutionsbegriff Anfang November 1989 ausdrücklich vom Element der Gewalt trennte, um ihn erstmals öffentlichkeitswirksam auf den Umbruch in der DDR zu beziehen. Dies ist bezeichnend, weil sich bereits in der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre der Begriff der („friedliche[n]“) „Revolution“ fand, was in deutlichem Gegensatz zur (früheren) Orientierung der betreffenden Linken an der russischen und chinesischen Revolution stand (s. Kap. II). Im Gebrauch des Begriffs *friedliche* bzw. *gewaltlose Revolution* kommt damit eine tiefgreifende Erwartungstransformation innerhalb der Linken zum Ausdruck, die als Abschied von marxistisch-leninistischen Dogmen zu kennzeichnen ist und die bereits an der Wende zu den 1980er Jahren einsetzte. Gleichzeitig fällt auf, dass Vollmer 1989 nicht mehr von Sozialismus sprach, das heißt nicht mehr dieselben Erwartungen an den Revolutionsbegriff knüpfte, die ihn im Gebrauch der Solidarność-Unterstützer Anfang der 1980er Jahre (in seiner damaligen Bindung an den Sozialismusbegriff) noch ausgemacht hatten. Dies lässt eine weitere Erwartungstransformation erkennen.

Ferner konnte gezeigt werden, dass den Begriff der „gewaltlosen“ bzw. „friedlichen Revolution“ mit Vollmer (und Momper) Politiker aufbrachten, die sich für einen „dritten Weg“ aussprachen und die einen Erhalt der Zweistaatlichkeit wünschten. Gleichzeitig fiel auf, dass die Rede von einer Revolution in der DDR sich schnell verbreitete. Der Begriff fand damit neue Anhänger, die zwar das Wort übernahmen, nicht jedoch die mit ihm zunächst verknüpften Erwartungen (an den Fortbestand einer eigenständigen DDR). Sie konnten mit ihm stattdessen ganz andere Erwartungen verbinden. So leiteten konservative Juristen aus der DDR-„Revolution“ gerade die Legitimität einer Vereinigung nach Art. 23 ab.

Linke aus der ehemaligen Solidarność-Solidarität (und darüber hinaus) vertraten dagegen die These von einem demokratischen Vorsprung der DDR, den der zweite deutsche Staat seiner „Revolution“ verdanke und der seine Eingliederung in die Bundesrepublik verbiete. Deutlich wurde daran, dass die Applizierung des Revolutionsbegriffs auf die DDR von ihrer Genese her als Instrument gegen das Ziel einer „Wiedervereinigung“ zu verstehen ist, das Unionspolitiker zur gleichen

²⁴⁷ Die Wahl – ein Rückschlag für uns alle, in: Politische Berichte 25/1990, S. 1.

Zeit aktualisierten, das jedoch auf Seiten der Linken äußerst breit (also nicht nur von früheren Solidarność-Unterstützern) als rückschrittlich abgelehnt wurde. Indes schmolzen die Erwartungen, die Vollmer und andere im Gebrauch des Revolutionsbegriffs zum Ausdruck gebracht hatten, auch mit dem sich abzeichnenden Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht einfach ab. Sie verlagerten sich stattdessen auf Gesetzesinitiativen und Verfassungsvorschläge für das sich vereinigende Deutschland. Diese werden im folgenden Kapitel chronologisch weiterbetrachtet.